

K-2NEU Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Gremium: Landesvorstand
 Beschlussdatum: 08.12.2022
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 In den vergangenen Jahren folgte ein Hitzesommer auf den nächsten. Berlins Bäume und
 2 Pflanzen leiden massiv unter der Trockenheit und den hohen Temperaturen. Das Nahrungsangebot
 3 für Insekten, Vögel und Säugetiere verringert sich. Menschen leiden unter gesundheitlichen
 4 Problemen – besonders Ältere, kleine Kinder und sozial Benachteiligte. Diese extremen
 5 Wetterlagen werden noch stärker zunehmen. Es ist deshalb zentral, Berlin auf die Folgen der
 6 Klimakrise vorzubereiten und den Beweis anzutreten, dass und wie auch eine Metropole
 7 klimaneutral werden kann. Unsere Vision ist ein Berlin voller grüner Oasen und kühler
 8 Entlastungsräume, mit begrünten Haltestellen und schattenspendenden Alleen mit Pocket-Parks,
 9 Kanälen, grünen Dächern und begrünten Fassaden. Wir wollen den Umbau Berlins vorantreiben: zu
 10 einer Metropole, in der ökologische Verantwortung und Umweltgerechtigkeit sowie moderne
 11 Infrastruktur und eine gute Grundversorgung für alle keine Gegensätze sind, sondern
 12 Grundpfeiler einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Erneuerbare Energie und Erneuerbare Wärme
 13 sind dabei der Beste Beitrag zur Energiesicherheit und für dauerhaft günstige Energiepreise.

14
 15 Noch ist Berlin eine der grünsten Metropolen Europas. Parks, Wälder und Seen bringen
 16 Lebensqualität und schaffen ein angenehmes Stadtklima. Sie kühlen in heißen Sommern unsere
 17 Stadt, sind Lebensraum für viele Tiere und binden CO₂. Doch auch diese wichtige Stadtnatur
 18 ist durch die Erderhitzung gefährdet. Die Klimakrise ist eine reale Gefahr für unsere
 19 Existenzgrundlage auf diesem Planeten. Gerade Menschen aus dem globalen Süden, die am
 20 wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, spüren die Folgen am stärksten. Auch deshalb
 21 trägt Berlin als Hauptstadt eines Industrielandes eine besondere Verantwortung, voranzugehen
 22 und klimaneutral zu werden. Das Zeitfenster, die Klimakrise ganz abzuwenden, haben wir
 23 bereits verpasst. Aber noch können wir die schlimmsten Folgen abmildern und ein neues,
 24 klimaneutrales Berlin bauen, das auch Vorbild für andere Metropolen sein kann. Um Berlin auf
 25 den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, müssen wir jetzt handeln!

26 Klimaneutrales Berlin

27 Berlin muss und wird seinen Beitrag leisten, die Ziele des Pariser Klimaabkommens
 28 einzuhalten. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Der
 29 völkerrechtswidrige und menschenverachtende russische Angriffskrieg in der Ukraine hat uns
 30 unsere fatale Abhängigkeit von fossilen Energien verdeutlicht. Nur durch einen massiven
 31 Ausbau der erneuerbaren Energien und Transformationsprozesse in allen Sektoren beenden wir
 32 die Erpressbarkeit und erreichen Unabhängigkeit auch von autoritären Regimen. Klimaschutz
 33 und eine stabile, bezahlbare Energieversorgung gehen heute mehr denn je zusammen. Wer heute
 34 schon seinen eigenen erneuerbaren Strom produziert oder in einer energetisch gedämmten
 35 Wohnung lebt, spart jetzt schon viel Geld und CO₂. Deswegen werden wir neben dem Ausbau der
 36 Erneuerbaren Energien auch bei der Energieeinsparung die vielen ungenutzten Potentiale
 37 heben. Deshalb wollen wir Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen. Wir Grüne haben
 38 in den letzten Jahren in der rot-rot-grünen Koalition – auch gegen Widerstände – eine
 39 ambitionierte Klimapolitik eingefordert und vorgebracht. Der Aufholbedarf war groß,
 40 nachdem die Klimapolitik in Berlin zuvor ein politisches Nischendasein gefristet hatte. Wir
 41 haben zwei von vier Kohlekraftwerken abgeschaltet und dafür gesorgt, dass Berlin als erstes
 42 Bundesland die Klimanotlage ausgerufen hat. Wir werden überall dort, wo das Land die
 43 Befugnis hat, weitere Maßnahmen anstoßen, die uns zu Klimaneutralität bis spätestens 2035
 44 führen können. Damit Berlin insgesamt schnellstmöglich klimaneutral werden kann, sind auch

45 grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene erforderlich. Wir wollen die
46 gesetzlichen Grundlagen schaffen, um auch auf den Dächern und allen sonst geeigneten Flächen
47 der Stadt zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Zukünftig werden wir eine
48 Solaranlage auf Berliner Dächern zum Standard machen. Die Berliner Stadtwerke werden für
49 fast alle Bezirke Solarpakete schnüren, haben die Kälte- und Wärmeversorgung der Urban Tech
50 Republic übernommen und mit dem größten in Berlin-Brandenburg genehmigten Windpark
51 Albertshof, erneuerbare Energien für 30.000 Haushalte ans Netz genommen. Der vollständige
52 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern
53 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt
54 und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven Mitgestaltung über die
55 BürgerEnergie Berlin. Mit Beginn der Corona-Pandemie wurden Stromsperrungen ausgesetzt. Wir
56 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass diese Vorschrift künftig zwischen Mitte Herbst
57 und Ende des Winters fortgeführt wird.

58 Um den hohen CO₂-Ausstoß im Gebäudebestand deutlich zu reduzieren, haben wir ein neues
59 Sanierungsförderprogramm entwickelt und die gesetzliche Grundlage für eine klimaschonende
60 Wärmeversorgung geschaffen. Neubauten sollen von Anfang an so geplant werden, dass sie ohne
61 fossile Energieträger auskommen. Wir setzen den ambitionierten Ausbau der erneuerbaren
62 Energien sozial gerecht fort, damit wir bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Berlin
63 vom Netz nehmen können und Berlin somit auf den 1,5-Grad-Pfad bringen.

64 Verkehrswende: der Mensch im Mittelpunkt

65 Mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an jeden Ort der
66 Stadt zu gelangen macht Berlin zu einer lebenswerten Metropole. Deshalb ist unser Ziel, dass
67 alle Menschen in Berlin rasch, sicher, bequem und klimaneutral unterwegs sein können. Unser
68 Ziel ist klar: Wir wollen Berlin so gestalten und Angebote schaffen, dass niemand mehr einen
69 privaten PKW benötigt, um in Berlin mobil sein zu können. Um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu
70 bringen, ist eine Verkehrswende dringend nötig, denn noch immer ist der Verkehr einer der
71 wenigen Sektoren, in dem die Verschmutzung steigt statt sinkt. Wir werden und wollen dies
72 ändern und setzen in der Verkehrswende auf die Maximen Verringern, Verlagern und Vermeiden.
73 So bringen wir Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad, leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, die
74 Klimakrise noch abzuwenden, und machen gleichzeitig Berlin lebenswerter und sicherer, da wir
75 Barrierefreiheit und Teilhabe zu Bestandteilen der Verkehrswende machen. Außerdem wollen wir
76 die besitzunabhängige Mobilität fördern, so wird aus der ökologischen auch eine soziale
77 Verkehrswende. Je mehr Menschen kein eigenes Auto mehr brauchen, desto mehr Platz bleibt für
78 diejenigen, die nicht auf ihr Auto verzichten können.

79 Anstatt Verkehrswege nur für Autos zu planen, stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt
80 der städtischen Mobilitätsplanung. So werden wir uns an den Bedürfnissen der Menschen, wie
81 gutes Klima, gute Luft, Spiel- und Sportflächen, Wege zum Einkaufen sowie Wege mit Älteren
82 und Kindern orientieren. Dies schützt nicht nur das Klima, sondern nimmt auch alle
83 Berliner*innen in den Blick, die sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen, denn sie
84 sind besonders auf einen attraktiven ÖPNV sowie auf gute Rad- und Fußwege angewiesen. Dafür
85 haben wir Grüne ein bundesweit einmaliges Mobilitätsgesetz verabschiedet, um den Verkehr,
86 den zweitgrößten Verursacher von CO₂ in der Stadt, emissionsärmer, leiser und sicherer zu
87 machen. Wir haben damit gesetzlich sichergestellt, dass bei der Verkehrsplanung der
88 Umweltverbund, also Fußgänger*innen, Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel, vor dem
89 Autoverkehr zu berücksichtigen sind. Immer mehr Berliner*innen steigen auf den ÖPNV und das
90 Fahrrad um – ob klassisch, als Lastenrad oder Pedelec. Das liegt nicht nur an der wachsenden
91 Anzahl von Radwegen in der Stadt, sondern auch daran, dass die neuen Radwege wesentlich
92 breiter und sicherer sind. Schließlich haben wir damit begonnen, die begrenzten Flächen in
93 der Stadt gerechter zu verteilen, indem wir Straßenräume, die vormals ausschließlich Autos

94 vorbehalten waren, für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geöffnet haben. An der
95 Friedrichstraße haben wir es vorgemacht, viele andere Straßen werden bald schon folgen –
96 temporär oder am besten dauerhaft.

97 Nicht nur für den Klimaschutz ist die Verkehrswende wichtig. Wir schützen damit auch die
98 Gesundheit der Menschen an besonders vom Verkehr belasteten Straßen. Sie leiden nicht nur
99 öfter an Lungen-, sondern auch an Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dazu trägt auch die hohe
100 Lärmbelastung bei. Deshalb ist es gut, dass wir an vielen Straßen Tempo 30 eingeführt haben
101 und damit nicht nur die Abgas-, sondern auch die Lärmbelastung reduzieren. Und auch Fluglärm
102 wollen wir nachhaltig mindern. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wenigstens in der
103 Nacht in Ruhe schlafen können. Deshalb muss am BER ein striktes Nachtflugverbot zwischen 22
104 und 6 Uhr gelten.

105 Nur wenn sich Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sicher bewegen können und Busse und Bahnen
106 günstig, zuverlässig und eng getaktet fahren, entscheiden sich Menschen für klimafreundliche
107 Mobilität. Deshalb haben wir milliardenschwer in den Ausbau von Bahnen und Bussen
108 investiert: mehr Strecken, mehr Waggons, kürzere Taktung und mehr Elektroantrieb.
109 Mittlerweile bringen die ersten E-Busse die Berliner*innen sauber und leise durch die Stadt,
110 der Ausbau von weiteren Tramlinien und die Einrichtung zusätzlicher Busspuren sind bereits
111 in vollem Gange. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Dafür wird auch die Erweiterung
112 bestehender S- und U-Bahn-Strecken geprüft und vorangetrieben. Entscheidendes Kriterium sind
113 der positive Klimaeffekt und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse. Darüber hinaus ist es auch
114 entscheidend, dass alle sich das Ticket für Bus und Bahn leisten können. Deshalb haben wir
115 die Preise für das Sozial-, Azubi- und Firmenticket stark gesenkt und Schüler*innen können
116 seit 2019 in Berlin sogar kostenlos durch die Stadt fahren.

117 Die von uns angestoßene Verkehrswende schafft mehr Teilhabegerechtigkeit, indem mehr
118 Bewegungsfreiheit in der Stadt ermöglicht wird. Wenn wir Alternativen zum Auto ausbauen,
119 profitieren auch die, die auf das Auto angewiesen sind. Dennoch hat das Auto mit
120 Verbrennungsmotor in der Stadt keine Zukunft, zu hoch sind die Schadstoffbelastung, der
121 Flächenverbrauch und die Lärmemission. Deshalb wollen wir bis spätestens 2030 die Innenstadt
122 zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in die weitestgehend keine Fahrzeuge mit klima-
123 und gesundheitsschädlichem Verbrennungsmotor mehr fahren dürfen und die wir sukzessive auf
124 weitere Teile Berlins ausdehnen wollen. Den Umstieg auf klimaneutrale Mobilität und
125 klimaneutrale Antriebe wollen wir, soweit Mehrkosten entstehen, für diejenigen sozial
126 abfedern, die auf ein Auto in der Stadt angewiesen sind. Wir wissen, dass die Verkehrswende
127 nur gelingen kann, wenn die Innenstadt und die Außenbezirke gleichermaßen vom Ausbau
128 profitieren. Weniger dicht besiedelte Gebiete sollen ein ebenso attraktives
129 Mobilitätsangebot wie gut angeschlossene Gebiete erhalten, denn die Erreichbarkeit darf
130 nicht vom Wohnort im Innen- oder Außenbezirk abhängen.

131 Berlins Stadtgrün sichern

132 Berlin muss nicht nur CO₂-Emissionen einsparen, es muss auch sein Stadtgrün auf die bereits
133 akuten Folgen des Klimawandels vorbereiten und klare Klimaanpassungsziele und Strategien
134 dafür entwickeln.

135 Ansonsten werden unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und auch unser Stadtgrün und die
136 Stadtnatur massiv in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb ist der Umbau Berlins zu einer
137 resilienten – widerstandsfähigen – Stadt nicht nur eine Frage moderner Häuser, Transportwege
138 und moderner Wirtschaft, sondern auch eine Frage der Gesundheit. Bereits jetzt ist absehbar,
139 dass wir in Zukunft mit noch weniger Regen und längeren Hitzeperioden zu kämpfen haben
140 werden. Deshalb müssen viele Flächen entsiegelt und gerecht verteilt werden, damit der
141 wenige Regen vor allem dort nutzbar gemacht werden kann, wo er fehlt. Die Gründung der

142 Regenwasseragentur war dafür ein erster wichtiger Schritt. Mit dem Programm „1.000 Grüne
143 Dächer“ oder dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm werden auch auf der
144 zivilgesellschaftlichen Ebene der Ausbau des Stadtgrüns und der Klimaschutz gefördert. Wir
145 wollen Konzepte miterarbeiten, um das große Potential der Stadtbäume und deren Baumscheiben
146 zusammen mit Baumpat*innen und Anwohnenden gemeinsam zu pflegen, zu schützen und das
147 öffentliche Lebensumfeld bürger*innennah zu gestalten. Das Grüne-Dächer-Programm wollen wir
148 ausweiten und mit der Förderung der biologischen Vielfalt sowie einer gleichzeitigen
149 Aufstellung von Solaranlagen verbinden. Mit der „Charta Stadtgrün“ haben wir einen Plan
150 vorgelegt, wie zukünftig die Grünflächenentwicklung in der Stadt aussehen soll.
151 Jahrzehntlang wurde die Grünpflege in Berlin finanziell und personell ausgeblutet. Damit
152 haben wir Schluss gemacht und die Mittel für die Baum- und Parkpflege massiv erhöht. Durch
153 die Stadtbaumkampagne konnten 10.000 zusätzliche Straßenbäume in Berlin gepflanzt werden.
154 Außerdem haben wir in die Strukturen investiert und die Bezirke mit mehr Geld für ihr
155 Grünflächenamt und für ihre Bäume ausgestattet. Diesen Weg werden wir weitergehen, um so die
156 Anzahl der Bäume zu steigern und insgesamt mehr grüne und blaue Infrastruktur aufzubauen.
157 Hierfür haben wir im Doppelhaushalt 2022/2023 einen Entsigelungstopf für die Bezirke mit 30
158 Millionen Euro eingeführt. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 haben wir fast alle
159 Kleingärten für die kommenden Jahre geschützt und wir werden uns auch darüber hinaus für
160 ihren Erhalt einsetzen.

161 1.1 Klimaneutrales Berlin: mit den Erneuerbaren in eine sichere Energieversorgung

162
163 Wir meinen es schon immer ernst mit Klimaschutz. Bereits vor dem russischen Angriffskrieg
164 auf die Ukraine, haben wir den Weg frei gemacht für ein klimaneutrales Berlin. Wir haben die
165 Klimanotlage ausgerufen, die Hälfte der Berliner Kohlekraftwerke abgeschaltet und mit der
166 Solarwende die erneuerbaren Energien ausgebaut. Nun müssen wir diesen Weg der Energiewende
167 konsequent fortsetzen. Wir streiten weiterhin dafür, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen
168 und die Pariser Klimaziele zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer
169 Stadt bekommen. In der kommenden Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür
170 einsetzen, mindestens ein weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch jährlich fast
171 eine halbe Million Tonnen CO₂ einzusparen, bis 2029 sollen alle Kohlekraftwerke vom Netz
172 gehen. Die energetische Gebäudesanierung wollen wir deutlich ausbauen sowie sozial gerecht
173 gestalten. Gleichzeitig wollen wir die Anforderungen des Artenschutzes beachten. Klimaschutz
174 und Klimafolgenbewältigung sollen Hand in Hand gehen. Unsere Anstrengungen zum Energiesparen
175 setzen wir fort und koppeln alle Förderprogramme und Zuschüsse an konkrete Einsparziele. Die
176 Berliner Stadtwerke werden weiterwachsen und der zentrale Dienstleister für Energie- und
177 Quartiersprojekte des Landes und der Bezirke werden. Wir werden prüfen, inwieweit eine
178 Energiewende-Agentur in öffentlicher Trägerschaft ein Partner für die Verwaltung sowie für
179 Unternehmen sein kann und bei der Umsetzung von Aktivitäten zur Energiewende unterstützen
180 kann. Dabei nutzen wir auch die große Klima- und Energiewendekompetenz, die in Berlin
181 vorhanden ist. Und wir setzen uns dafür ein, dass Klimagerechtigkeit in ganz Berlin gilt und
182 alle Bezirke sowie Menschen von den Maßnahmen profitieren.

183 184 Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen

185
186 Damit Berlin seine CO₂-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die Energiewende hin
187 zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der
188 Solarenergie auf Dächern und an Fassaden Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von
189 derzeit 1 Prozent Solarstrom auf mindestens 35 Prozent der gesamten hier verbrauchten
190 Strommenge bis 2035 erhöhen. Durch die Einführung der gesetzlichen Solarpflicht bei
191 Neubauten, öffentlichen Gebäuden und bei wesentlichen Dachumbauten im Bestand ab 2023 haben

192 wir einen ersten Meilenstein auf dem zu diesem Ziel erreicht. Die Stadtwerke Berlin werden
193 für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie Photovoltaik-Lösungen für
194 neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Wir werden die notwendigen
195 finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, um bis Ende 2024 alle
196 öffentlichen Gebäude, auf denen das nach aktuellem technischem Stand möglich und sinnvoll
197 ist, vollständig mit Solaranlagen auszustatten. Die für Photovoltaik geeigneten Dachflächen
198 werden dabei konsequent ausgenutzt. Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“ haben wir
199 bereits die Beratung und den Austausch zur Solarwende massiv gefördert. Die digitale
200 Plattform Solardachbörse wollen wir weiter stärken, so dass nicht genutzte Dächer für den
201 Aufbau von Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden können. Das erfolgreiche
202 Energiespeicherprogramm haben wir fortgeführt und ausgebaut. Darüber hinaus wollen wir die
203 integrierte Planung von Strom- und Wärme-Netzen weiter ausbauen und so mit den dazugehörigen
204 geeigneten Speichern eine effiziente Integration der lokal gewonnenen Energie vorantreiben.

205
206 Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, erneuerbare Energien selbst zu
207 produzieren und zu verbrauchen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den wir
208 in den letzten Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit von
209 Berlin und Brandenburg intensivieren und gemeinsame Bürgerenergieprojekte zu Solar- und
210 Windkraftparks initiieren, um die gemeinsame 100%-Erneuerbare-Energie-Region zu
211 verwirklichen. Dabei sind solare Freilandanlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung oder einer
212 naturfreundlichen Wiesengestaltung auf der Fläche zu verbinden. Wir prüfen, ob wir auf den
213 Flächen der Stadtgüter verstärkt Solar- und Windparks einrichten können. Auch Kleinanlagen
214 für den privaten Gebrauch wie z.B. Balkonmodule sollen stärker direkt oder indirekt
215 gefördert werden. Die Mieterstrom-Projekte sollen deutlich ausgebaut werden. Für die
216 Umsetzung müssen wir alle Akteur*innen einbeziehen und fördern, insbesondere die Berliner
217 Stadtwerke, aber auch Energiegenossenschaften und engagierte Bürger*innen. Dafür werden wir
218 auch die Speicherkapazitäten ausbauen.

219 220 Wärmesektor umbauen – Gebäude modernisieren

221
222 Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und Wärmesektor an.
223 Auch hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv reduzieren. Zentral dafür
224 ist eine gesamtstädtische Wärmeplanung, basierend auf einem Wärmekataster, das die
225 Potentiale der Wärme aus erneuerbarer Energie ebenso erfasst wie die bestehenden
226 Wärmebedarfe. Hier sind wir bereits erste Schritte gegangen und werden diesen Weg
227 weitergehen, denn gerade durch eine Wärmeplanung können die verschiedenen Akteur*innen und
228 Aktivitäten der Wärmewende koordiniert werden. Häuser, die energetisch modernisiert werden,
229 sollen – wo möglich – auch bei der Wärmeversorgung klimaneutral werden. Dazu soll die
230 Wärmeplanung in der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Unser Ziel ist eine integrierte,
231 sektorübergreifende Infrastrukturplanung, die aus Strom- und Wärmenetzen sowie den
232 dazugehörigen Speichern, um u.a. den Ausbau von Wärmepumpen voranzubringen.

233
234 Für die Wärmewende setzen wir auf einen Mix verschiedener erneuerbare Heizungsarten: z.B.
235 Wärmepumpen, Solarthermie, Nahwärmenetze, Abwärme und Fernwärme - jede Technik am richtigen
236 Ort. Dazu brauchen wir eine Offensive für Wärmepumpen, zusammen mit dem Stopp von
237 Neuanschaffungen fossiler Heizungen, sowie den möglichst schnellen Aufbau neuer
238 regenerativer Nahwärmenetze und einen wirksamen Anschub der Dekarbonisierung der Fernwärme.
239 Zudem wollen wir die Anstrengungen zur Energieeinsparung verstärken sowie die Fort- und
240 Ausbildung sowie Umschulung von Fach- und Arbeitskräften voranbringen und eine soziale
241 Abfederung der Transformation im Arbeitsmarkt. Gleichzeitig braucht die Energiewende
242 dringend Fachkräfte in den klimarelevanten Berufen. Um dieses Problem anzugehen, haben wir

243 Grüne einen Runden Tisch zwischen Senat, Sozialpartnern, Arbeitsagentur und Kammern
244 durchgesetzt. Wir wollen diese Berufe attraktiver machen. Dafür braucht es eine gute und
245 qualitativ hochwertige Ausbildung. Viele Betriebe haben sich bereits auf den Weg gemacht. Um
246 die Kosten für die Ausbildung zukünftig gemeinsam solidarisch zu finanzieren, wollen wir
247 eine Ausbildungsumlage einführen. Am besten sind von den Tarifparteien der jeweiligen
248 Branche selbstverwaltete Umlagemodelle, wie in der Bauwirtschaft. Dort, wo sich
249 Tarifparteien nicht einigen können, brauchen wir eine gesetzliche Umlage.

250
251 In der Fernwärmeerzeugung haben wir den Kohleausstieg bis 2030 erfolgreich vorangetrieben.
252 Ab 2030 muss Berlin kohlefrei sein. Wir halten zudem am Ziel fest, die Fernwärme bis 2035
253 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Auch im Bereich der Wärme muss der Einsatz
254 von Erdgas schnellstmöglich überwunden werden. Deshalb werden wir die Potentiale für die
255 Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes immer wieder auf den aktuellen und neuesten Stand
256 bringen, um so den 1,5-Grad-Pfad zu erreichen. Damit aus Potentialen auch konkrete CO₂-
257 Einsparungen werden, haben wir mit der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes schon die
258 Einspeisung von erneuerbaren Energien durch Dritte ermöglicht und Vorgaben für den Anteil
259 Erneuerbarer in der Fernwärme festgeschrieben. Die Erneuerbare-Energien-Quote soll dazu
260 beitragen die erneuerbaren Wärme-Potentiale immer wieder neu zu prüfen und maximal zu
261 nutzen, um die fossile Wärme vollständig über Einsparungen und durch Wärme aus erneuerbarer
262 Energie zu ersetzen.

263
264 Unser Ziel ist, den Einsatz von Erdgas so schnell und konsequent wie möglich zu minimieren
265 und diese vollständig auf Erneuerbare Wärme umzustellen. Wir werden nicht zulassen, dass
266 Vattenfall die Dekarbonisierung verzögert und mit fossilen Energien unnötig Geld verdient.
267 Wir kämpfen für den schnellstmöglichen Erdgasausstieg. Außerdem sollen die Temperaturen im
268 Netz schrittweise abgesenkt werden. So heben wir die in Berlin vorhandenen Erneuerbaren
269 Wärmepotentiale und machen einen Gaseinsatz schnellstmöglich überflüssig. In der
270 Bauleitplanung verankern wir Flächen für die saisonale Wärmespeicherung. Gemeinsam mit
271 Brandenburg gründen wir eine Taskforce Energiewende, um die gemeinsame Planung in der
272 Metropolregion voranzubringen. Dabei ist für uns auch die Müllverbrennung nicht als
273 klimaneutral anzusehen.

274
275 Neben der Fernwärme sollen auch alle anderen Formen der Wärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral
276 werden. Dazu richten wir einen Wärmewendefonds mit 1 Mrd. Euro ein.

277
278 Erneuerbare Wärme wird vor Ort erzeugt. Das garantiert eine regionale Wertschöpfung, stabile
279 Preise sowie Versorgungssicherheit. Wir starten die Wärmepumpenoffensive: Mit einer
280 Informationsoffensive mit der Handwerkskammer und den Innungen, einem Landesförderprogramm
281 Heizkörpertausch, einem Bonusprogramm für Handwerker*innen bei Wärmepumpeneinbau.

282
283 Die Nutzung von Geothermie wollen wir erleichtern sowie die Nahwärme etwa aus der
284 Abwasserkanalisation und dem Grundwasser besser nutzen, z.B. durch kalte Netze. Wir setzen
285 auf eine integrierte Infrastrukturplanung aus Strom- und Wärmenetzen. Den Einsatz von grünem
286 Wasserstoff sehen wir vorrangig in Bereichen, in denen es bisher keine anderen technischen
287 Lösungen gibt. In der Wärmeversorgung erachten wir Wasserstoff in der Grundlast für nicht
288 zielführend.

289
290 Außerdem setzen wir auf lokale Wärmeerzeugung in Berlins Kiezen: Jenseits der Fernwärme
291 sollen neue dezentrale Nahwärmenetze auf Quartiersebene gefördert, örtlich erzeugte Wärme
292 aus verschiedenen erneuerbaren Quellen in diese eingespeist und lokal verteilt werden. Mit
293 der Service- und Beratungsstelle für energetische Quartiersentwicklung haben wir hierfür

294 bereits eine wichtige Anlaufstelle geschaffen. Pilotprojekte mit kalter Nahwärme sollen an
295 geeigneten Standorten umgesetzt werden. Grüne Nahwärme muss als Konsequenz der Wärmeplanung
296 strategisch entwickelt werden. Für die Umsetzung sollen neue Akteure wie z.B. das Stadtwerk
297 oder Bürgerenergiegenossenschaften aufgebaut und finanziell gefördert werden. Wir wollen ein
298 Kompetenzzentrum Wärme in öffentlicher Hand schaffen. Um Nahwärmeprojekte wirtschaftlich zu
299 machen, müssen öffentliche Liegenschaften in der Nähe Ankerkunden werden. Außerdem werden
300 wir auch die Kühlung der Stadt und der Gebäude vorantreiben, sei es durch Techniken der
301 Verdunstungskühlung, Dach- und Fassadenbegrünung oder Techniken der natürlichen Lüftung.

302
303 Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch deutlich stärker die energetische
304 Modernisierung von Gebäuden voranbringen und die Sanierungsquote erheblich steigern, um so
305 auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Mit einem Gebäudesanierungsfonds von 1 Mrd. Euro machen wir
306 Berlins Gebäude fit für die Klimaneutralität. Kostenlose Initiativberatungen für private
307 Eigentümer*innen, sowie Energie-Einspar-Contracting für sozial sensible Modernisierung
308 können zur Energieeinsparung beitragen. Dafür ist auch eine Ausbildungs- Fortbildungs- und
309 Gründungsoffensive gegen Fachkräftemangel im Handwerk nötig. Die aktuelle Energiekrise zeigt
310 deutlich: die Wärmewende ist ein soziales Projekt. Nirgendwo zeigt sich der Zusammenhang
311 zwischen ökologischer Wende und sozialer Gerechtigkeit so eng wie hier.

312
313 Es ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten, wie derzeit im Bundesmietrecht
314 vorgesehen, komplett auf Mieter*innen abgewälzt werden. Das schafft keine Akzeptanz für
315 Klimaschutzmaßnahmen und befördert soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine
316 faire Kostenverteilung im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter*innen, den
317 Vermieter*innen und der öffentlichen Hand ein. Bis dies auf Bundesebene realisiert ist,
318 schöpfen wir die Möglichkeiten auf Landesebene aus. Dazu gehört neben der Deckelung der
319 Umlage für Mieter*innen, und der Bereitstellung von Landesfördermitteln auch die Einführung
320 des Stufenmodells, das Immobilienbesitzende in die Pflicht nimmt. Für Mieter*innen soll die
321 Warmmiete durch sinkende Energiekosten neutral bleiben. Die höhere Kaltmiete sollte sich
322 durch niedrigere Energiekosten wieder ausgleichen. Dazu bedarf es jedoch einer Änderung der
323 energetischen Modernisierungsumlage auf Bundesebene und einer stärkeren Förderung
324 energetischer Modernisierungsmaßnahmen hier in Berlin. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür
325 ein, zu prüfen, wie wir die Grunderwerbssteuer an der Energieeffizienz des Gebäudes
326 orientieren können. Neben der energetischen Modernisierung werden wir weitere Maßnahmen
327 ergreifen, um den Wärmeverbrauch zu reduzieren. Mit dem Bauinformationszentrum wollen wir
328 einen niedrigschwelligen Anlaufpunkt für Mieter*innen und Immobilienbesitzende schaffen, die
329 sich hier informieren und vernetzen können. Die Beratung soll dabei alle gesellschaftlichen
330 Gruppen ansprechen und Angebote – beispielsweise auch für Frauen oder Menschen mit
331 Sprachbarrieren – entwickeln. Zusätzlich wollen wir Wohngemeinschaftsprojekte fördern, uns
332 auf Bundesebene für ein Recht auf Wohnungstausch einsetzen und Menschen unterstützen, die
333 ihre Wohnung tauschen wollen.

334
335 Energienetze transformieren - Versorgungssicherheit in öffentlicher Hand

336
337 Weil Grundversorgung in öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen
338 wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der
339 vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen
340 Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der
341 Energiewende der Stadt und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven
342 Mitgestaltung über die BürgerEnergie Berlin. Den Einfluss des Landes Berlin wollen wir auf
343 alle Energienetze ausweiten, um die Umsetzung der Wärmeplanung schnell zu ermöglichen. Wir
344 streben die Rekommunalisierung der Fernwärme an, um aktiv den Umbau des Netzes hin zu

345 erneuerbarer Wärme mit Temperaturabsenkung voranzutreiben. Dafür legen wir einen
346 Dekarbonisierungs-Plan vor, den wir entschlossen umsetzen werden. Darüber hinaus werden wir
347 prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG mit unseren energie- und
348 klimapolitischen Zielen vereinbar ist. Insbesondere die Bedeutung des Gasnetzes und seine
349 mittel- bis langfristige Nutzbarkeit für den Transformationsprozess hin zur Klimaneutralität
350 werden wir kritisch analysieren. Diese Analyse wird ein wichtiger Faktor unserer
351 Entscheidung sein.

352

353 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget

354

355 Mit dem Einsetzen des Senatsausschusses Klimaschutz haben wir bereits begonnen die
356 Senatsarbeit so umzugestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben handlungsleitend sind und
357 nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Der Senatsausschuss überwacht die Einhaltung der
358 Berliner Klimaziele, Bei drohender Verfehlung der CO₂-Einsparungsvorgaben werden von ihm
359 zusätzliche Klimaschutz-Maßnahmen veranlasst sowie ressortübergreifend Zielkonflikte gelöst.
360 Es ist entscheidend, dass sich alle mit voller Kraft beispielsweise dem Ziel des
361 Klimaschutzes verpflichtet fühlen und ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen
362 lassen. Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das
363 braucht es klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes-
364 und Bezirksebene. Darüber hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die
365 Strom, Wärme und Mobilität, aber auch Klimaanpassung und Wassermanagement gemeinsam denkt
366 und vorantreibt. Wir legen deshalb mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm
367 (BEK), für jeden Bereich feste Vorgaben für die Treibhausgas-Einsparungen fest und
368 unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen, damit politische Entscheidungen stärker an die
369 Klimaziele geknüpft werden. Werden die jeweiligen Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und die
370 vorgegebene CO₂-Reduktion durch andere Maßnahmen umgesetzt werden. Damit wird auch
371 offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden
372 Mittel müssen dann umgewidmet werden.

373

374 Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt
375 stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick
376 über den aktuellen Stand der Berliner CO₂-Emissionen. Mithilfe dieser Daten ist stets
377 transparent, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die
378 verschiedenen Sektoren daran haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die
379 Klimakrise auch als Notsituation im Sinne der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft
380 wird und somit Investitionen zur CO₂-Vermeidung vorgenommen werden können. Den Berliner
381 Klimaschutzrat wollen wir stärken und prüfen, inwieweit ein wissenschaftliches Sekretariat
382 dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung
383 von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und
384 Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Der Klimabürger*innenrat hat uns verdeutlicht
385 wie sehr die Klimapolitik von einer engen Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft
386 profitiert. Es ist entscheidend, dass die erarbeiteten Forderungen des
387 Klimabürger*innenrates auch ernst genommen werden und deren Umsetzung angegangen wird. Wir
388 schreiben Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die
389 Berliner*innen beim Klimaschutz mit einbeziehen. Das Berliner Energie- und Klimaprogramm
390 (BEK) werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf verbindliche Maßnahmen. Wir
391 sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können.

392

393 Klimaschutz in den Bezirken

394

395 Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um Klimaschutzkriterien
396 erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr
397 finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen die
398 Klimaschutzmanager*innen künftig das Klimabudget verwalten, in allen Ämtern etablieren sowie
399 Hand in Hand mit den Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how
400 wie auch Fähigkeit und Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke
401 stärker als bisher die Mittel aus den Förderungen im Rahmen des BEK in Anspruch nehmen,
402 müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für die Antragstellung verfügen. Die
403 Bezirksämter müssen als handlungsfähige Steuerungsebene für die Wärmeplanung und Umsetzung
404 von Quartierslösungen ausgebaut werden, sowohl was die Ausstattung mit Personal als auch mit
405 finanziellen Mitteln und Kompetenzen angeht. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen
406 Bildungs-, Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltige
407 Techniken des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In
408 Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie den betroffenen Innungen wollen wir
409 Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in
410 allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei
411 auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.

412 1.2 Berlin summt und brummt: Stadtgrün und Artenvielfalt schützen

413 In keiner anderen Metropole leben so viele Nachtigallen wie in Berlin. Damit das so bleibt,
414 müssen wir Berlins Stadtnatur schützen. Die Klimakrise ist in vollem Gange und hat schon
415 sichtbare Spuren hinterlassen. Neun von zehn Bäumen in Berlin zeigen Schäden, die auf die
416 langen Dürreperioden der letzten Jahre zurückzuführen sind, und nur 7 Prozent der Waldbäume
417 waren nach dem letzten Zustandsbericht noch gesund. Gleichzeitig finden sich immer mehr
418 Tiere und selbst ehemalige „Allerweltsarten“ auf der Roten Liste. Berlins Stadtgrün ist
419 wertvoll, denn es ist nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch der Artenvielfalt,
420 Frischluftversorgung, Klimakühlung und CO₂-Speicher. Ohne das Grün werden Mensch und Natur
421 in der Stadt enorm unter der Verdichtung, dem Lärm, dem Stress und den Folgen der Klimakrise
422 leiden. Eine intakte Natur ist kein Luxus, sondern gehört für uns zur Grundversorgung und
423 ist essenzieller Teil der Daseinsvorsorge. Denn neben dem Erreichen der Pariser Klimaziele
424 wird die Klimaanpassung für unsere Stadt eine der größten Herausforderungen in den kommenden
425 Jahren sein.

426 Stadtgrün erhalten und Bäume pflanzen

427 Wir haben in den letzten Jahren massiv in die Pflege der Berliner Grünanlagen, der
428 Straßenbäume und Wälder investiert und viel für ihren Schutz getan. Durch uns wurde die
429 größte Grünbauoffensive seit langem angestoßen. In einem Dreiklang aus Flächensicherung,
430 Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen wir unsere Stadt ergrünen lassen. Um
431 dem Klimawandel die Stirn bieten zu können, müssen wir diesen Einsatz verstetigen und weiter
432 ausbauen. Wir wollen die Bewässerung und das Pflanzen von Straßenbäumen verbessern. Dazu
433 müssen Straßen und Grünflächenämter besser ausgestattet und die dafür notwendige
434 Infrastruktur ausgebaut werden. Und wir wollen das Engagement der Berliner*innen fördern,
435 auch selber vor der Haustür ihr Stadtgrün zu pflegen. Dazu wollen wir alle Schwengelpumpen
436 wieder in einen funktionsfähigen Zustand versetzen und den Menschen einen erleichterten
437 Zugang zu Informationen geben, die sie dafür brauchen. Unser Ziel ist es, die durch
438 Bauprojekte, Klimaschäden oder Alterung verloren gegangenen Bäume zeitnah durch neue Bäume
439 zu ersetzen und gleichzeitig durch Pflanzungen den Baumbestand in Berlin deutlich zu
440 erhöhen. Bäume, die gefällt werden mussten, werden durch vier junge Bäume ersetzt oder durch
441 vergleichbare Maßnahmen kompensiert. Die laufende Stadtbaumkampagne des Senats wollen wir
442 über das Jahr 2021 hinaus fortführen, um das Spenden für Straßenbaumpflanzungen zu
443 ermöglichen. Dabei wollen wir vermehrt Baumarten anpflanzen, die an die klimatischen

444 Veränderungen des 21. Jahrhunderts möglichst gut angepasst sind. Der Erhalt von
445 Bestandsbäumen hat für uns Vorrang. Deshalb wollen wir die Bedingungen für die bestehenden
446 Straßenbäume mit entsprechenden Maßnahmen verbessern. Zusätzlich wollen wir in den Bezirken
447 Obstbäume neu pflanzen, die Schatten spenden, und Berlin mehr und mehr in eine „essbare
448 Stadt“ verwandeln. Damit nicht nur Bäume auf öffentlichen Flächen besser geschützt werden,
449 wollen wir zudem die Baumschutzverordnung aktualisieren, die Liste der zu schützenden
450 Baumarten ausweiten und dafür sorgen, dass Verstößen nachgegangen wird. Damit das Grün in
451 Berlin weiterwächst und Berlin grün wird, müssen die Maßnahmen der Charta Stadtgrün in einem
452 Handlungsprogramm konkretisiert, finanziert und abgesichert werden. Dabei soll ein
453 besonderes Augenmerk auf die konkrete Grünversorgung in den Kiezen gelegt werden und dabei
454 auch auf Kennzahlen zurückgegriffen werden.

455 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar, sie kühlen die Stadt, erhalten
456 den Artenreichtum und sollten für viele Großstädter*innen auch Naherholungsgebiete sein. Wir
457 wollen sie daher erhalten und schützen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 als
458 behördenverbindlichem Planungsinstrument haben wir dafür eine wichtige Grundlage gelegt.
459 Aber wir wollen mehr und deshalb darüber hinaus eine langfristige Strategie zur Sicherung
460 der Kleingärten und eine bessere rechtliche Absicherung. Bebauungspläne und der
461 Flächennutzungsplan bieten schon heute die Möglichkeit, den betroffenen Anlagen Sicherheit
462 und Verlässlichkeit zu geben. Kleingärten sollen nur im Ausnahmefall, etwa für die soziale
463 Infrastruktur oder eine verkehrliche Erschließung, weichen müssen. Damit alle Berliner*innen
464 von ihnen profitieren können, sollen sich die Kleingartenanlagen noch mehr als bisher für
465 die Stadtgesellschaft öffnen und neue Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns aktiv
466 unterstützen. Durch eine Parzellenteilung von großen Gärten bei Pächterwechsel sollen noch
467 mehr Menschen in den Genuss von Kleingärten kommen. Programme für ökologische Gartenarbeit
468 oder zum Anbau von alten und seltenen Obst- und Gemüsesorten werden wir ausbauen und
469 intensivieren. Auch eine wildnisfreundliche und naturnahe Gartengestaltung unterstützen wir.

470 Berlin: bestäuberfreundlich und artenreich

471 Seltene Pflanzen- und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um ihren Genpool zu
472 stärken und die biologische Vielfalt in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich
473 genügend Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und
474 Flüsse, Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an
475 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher
476 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und
477 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Ziel ist ein
478 qualitativ hochwertiger Biotopverbund. Auf Grünflächen und in begrünten Zwischenbereichen
479 des Straßenlands wollen wir insektenfreundliche Wildblumenwiesen einrichten, um Lebensräume
480 für Wildbienen zu schaffen.

481 Wir wollen das von uns zur Förderung der Imkerschaft Erreichte verstetigen und ausbauen. Die
482 schon geschaffene Bienenkoordinierungsstelle an der FU bildet Imker*innen weiter, die
483 Vernetzung der Imkerschaft in Berlin wollen wir unterstützen. Wissenschaftliche Studien zur
484 ökologischen Bienenhaltung werden besser finanziert. Die Kooperation zwischen den
485 Imker*innen und bezirklichen Veterinärämtern wollen wir verbessern.

486 Weniger Beton, mehr Grün – denn Grünflächenschutz ist Gesundheits- und Klimaschutz

487 Die letzten drei Sommer in Berlin waren überdurchschnittlich heiß. Vor dem Hintergrund der
488 fortschreitenden Klimakrise ist davon auszugehen, dass dieser Trend langfristig anhält.
489 Extreme Hitze ist gesundheitsschädigend, besonders kleine Kinder, alte Menschen und Menschen
490 mit Vorerkrankungen leiden unter der Hitze. Neben den Klimaschutzmaßnahmen müssen wir
491 deswegen auch Klimaanpassungen vornehmen. Dafür erarbeiten wir konkrete Ziele zur Anpassung

492 an die Folgen des Klimawandels mit klaren Zeitvorgaben. Berlin muss sich besser auf
493 Hitzewellen und Starkregenereignisse vorbereiten, das gelingt mit klugen Investitionen in
494 die Stadtinfrastruktur und einer grundsätzlichen Prüfung der Klimaresilienz aller
495 Infrastrukturmaßnahmen.

496 Wasser kühlt die Umgebungstemperatur ab und beugt Hitzeinseln vor. Deswegen wollen wir
497 Berlin zur Schwammstadt umbauen. Wir wollen das Regenwasser speichern und nutzen, statt es
498 zu sammeln und in Kanäle abzuleiten. Das kühlt die Stadt und hält die Gewässer sauber. Mit
499 der Gründung einer Regenwasseragentur und dem „1.000 Grüne Dächer“-Programm haben wir diesen
500 Weg bereits eingeschlagen. Dadurch können Starkregenereignisse abgepuffert und das Wasser
501 für Dürrezeiten kann effizienter gespeichert werden. Auch die Begrünung von Balkonen,
502 Hauswänden und Fassaden ist entscheidend, um so CO₂ zu binden, die Luft zu reinigen, die
503 Biodiversität zu vergrößern und die Stadt zu kühlen. Auch in diesem Bereich werden wir
504 Programme und Projekte unterstützen und die Förderung verbessern. Ein Hauptproblem bleibt
505 aber die Versiegelung von Flächen durch Beton und Asphalt. Dort kann kein Wasser versickern
506 und es entstehen im Sommer schnell Hitzeinseln, die die Stadt aufheizen. Wir werden gezielt
507 Flächen wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe identifizieren, um sie von Beton und Asphalt
508 zu befreien und für einen besseren Regenrückhalt zu sorgen. Grundlage dafür sind offenere,
509 unversiegelte Böden. Dazu werden wir ein landesweites Entsiegelungsprogramm auflegen und
510 eine jährliche Zielmarke festlegen. Wir streben eine Nettonull für die Flächenversiegelung
511 im Jahr 2030 an. Dies kann auch dadurch erfolgen, dass der Berliner Leitfaden zur Bewertung
512 und Bilanzierung von Eingriffen die Ver- und Entsiegelungen so bewertet, dass sich ein
513 deutlich erhöhter Anreiz zur Vermeidung von Versiegelung und für Entsiegelungsmaßnahmen
514 ergibt. Außerdem soll die im Berliner Bodenschutzgesetz geforderte Bodenschutzkonzeption
515 weitere Maßnahmen zur Vermeidung von Bodenversiegelungen entwickeln. Wir wollen vor allem
516 dort entsiegeln, wo Grün- und Freiflächen fehlen, um die Umweltgerechtigkeit zu steigern.
517 Mit mehr und anspruchsvoll bepflanzten Versickerungsflächen wollen wir auch die
518 Lebensqualität durch Verdunstung und Kühlung der Stadt erreichen, auch neue Pocket-Parks
519 sollen dazu beitragen. Zudem wollen wir an geeigneten Stellen sogenannte Regengärten anlegen
520 und so auch zur Kühlung der Stadt beitragen. Um dem weiterhin rasant steigenden Flächenfraß
521 etwas entgegenzusetzen, wollen wir Dachaufbauten stärken. Nach dem Vorbild Wiens wollen wir
522 in Berlin mehrere „Kühle Meilen“ etablieren. Mit mehr Bäumen, Rank- und Kletterpflanzen,
523 Räumen für geschützte Wildtierarten, mit Trinkwasserbrunnen, Wasserspielen,
524 Erfrischungsmöglichkeiten und ausreichend Sitzgelegenheiten für Jung und Alt sowie
525 entsiegelten und wiederbepflanzten Bereichen, zum Beispiel Regenbeeten und
526 Versickerungstreifen, die Regenwasserrückhalt im Boden ermöglichen. Mit Anwohnerbeteiligung
527 schaffen wir in den Kiezen kühle, ruhige Oasen, die auch der Gesundheit und dem Hitzeschutz
528 dienen. Unser Ziel ist es, in der nächsten Wahlperiode in klimatisch belasteten Gebieten 20
529 Klimastraßen und „Kühle Meilen“ einzurichten.

530 Neue Stadtplätze, Parkplätze sowie neue Straßen sollen mit versickerungsfähigem Belag
531 versehen werden. Soweit möglich soll Beton als Baustoff und der Bau neuer Straßen vermieden
532 werden. Immer mehr Berliner*innen wollen aktiv das Grün in ihrem Wohnumfeld schützen und
533 weiterentwickeln. Diese Initiativen wollen wir unterstützen und für sie
534 Beratungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen wollen
535 wir zudem durch das Land Berlin Flächen zur Verfügung stellen, um den Stadtraum zu begrünen.
536 Damit sich flächendeckend in allen Stadtteilen Gemeinschaftsgärten etablieren und neue
537 Urban-Gardening-Initiativen entstehen können, wollen wir den Ankauf neuer Flächen finanziell
538 unterstützen. Außerdem wollen wir Hofbegrünungsinitiativen weiterhin durch ein eigenes
539 Programm finanziell unterstützen. Das Ökokonto soll weiter ausgebaut werden, so dass
540 Grünflächen und Biotope vom Land zusammenhängend entwickelt werden können und die Flächen
541 für Kompensationsmaßnahmen bei Bauprojekten zur Verfügung stehen. Dabei gilt immer, dass

542 jede versiegelte Fläche konsequent und ortsnah durch eine entsiegelte Fläche ausgeglichen
543 werden muss. Ausgleichszahlungen dürfen keine Regel, sondern Ausnahmen sein. Wir wollen
544 einen Berliner Naturcent einführen, der sich aus dem Grundsteueraufkommen speist und in die
545 Pflege von Parks und Naturschutzgebieten fließen soll.

546 Dank uns Grünen ist Berlin bereits Teil des Blue-Community-Netzwerkes geworden, wir haben
547 über 100 neue Trinkwasserbrunnen aufgestellt, und öffentliche Orte wie Schulen oder
548 Rathäuser bekommen Wasserspender. Das wollen wir weiter ausbauen, gerade für Hitze-
549 Risikogruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir
550 einfache und kostenlose Zugänge zu Trinkwasser schaffen. Langfristig wollen wir
551 Trinkwasserbrunnen auch an allen Spielplätzen, Bahnhöfen und Parks aufstellen und darüber
552 hinaus Restaurants ermutigen, zu Auffüll-Stationen zu werden. Der Klimawandel und eine
553 wachsende Bevölkerung werden gravierende Auswirkungen auf die Wasserversorgung Berlins
554 haben. Daher ist es wichtig, heute zu handeln. Mit dem „Masterplan Wasser“ haben wir eine
555 wichtige Grundlage gelegt. Der Masterplan muss immer wieder aktualisiert und fortgeschrieben
556 werden. Um die Wasserversorgung auch künftig sicherzustellen, sind wir auf eine enge und
557 kontinuierliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und insbesondere Brandenburg
558 angewiesen. Wir sprechen uns für die Wiedereröffnung der Wasserwerke Jungfernheide und
559 Johannisthal aus und dafür, dass die Wasserwerke in eine moderne Wasseraufbereitung
560 investieren und insbesondere eine umfassende Spurenstoffstrategie verfolgen. Die wachsende
561 Stadt muss auf einen umfassenden Schutz des Grundwassers für die Trinkwasserförderung und
562 den Schutz unserer Oberflächengewässer Rücksicht nehmen. Regenwasser soll, wo immer möglich,
563 zunehmend zur Bewässerung genutzt werden, gerade in heißen Sommern. Zunehmender
564 Wasserverbrauch gefährdet die verbliebenen artenreichen Feuchtgebiete und den Wald in
565 Berlin. Diesen Zielkonflikt wollen wir klug ausbalancieren und Möglichkeiten nutzen, die
566 Trinkwassergewinnung in sensiblen Naturräumen einzuschränken.

567 20 Prozent Berlins werden zum Landschaftsschutzgebiet

568 Doch nicht nur in den Kiezen soll es grüner werden. Wir brauchen auch große Freiflächen, in
569 denen sich Flora und Fauna ungestört entwickeln können und wir Menschen uns erholen.
570 Momentan sind fast alle größeren Erholungslandschaften als Landschaftsschutzgebiet
571 gesichert, das sind über 14 Prozent der Landesfläche. Wir wollen weitere Naturgebiete
572 schützen, indem wir sie zu Landschaftsschutzgebieten aufwerten und haben hierfür die
573 Personalmittel erheblich aufgestockt. Damit soll der Anteil auf 20 Prozent der Landesfläche
574 steigen. So sollen zum Beispiel Felder der Elisabeth-Aue als Teil einer übergeordneten
575 Natur-, Kultur- und Erholungslandschaft in das umgebende Landschaftsschutzgebiet integriert
576 werden. Zudem sollen mindestens 4 Prozent der Landesfläche zukünftig völlig unter
577 Naturschutz stehen. Gemeinsam mit Brandenburg und Berlins Nachbargemeinden werden wir die
578 acht Regionalparks und mit ihnen die Grünräume aus Wäldern, Feldern und Gewässern stärken
579 und entwickeln. Das existierende „Kommunale Nachbarschaftsforum“ aus den Berliner Bezirken
580 und 55 Nachbargemeinden wollen wir aufwerten. Den begonnenen Umbau bei den Berliner
581 Stadtgütern in Brandenburg hin zu mehr biologischer Landwirtschaft wollen wir beschleunigen.
582 Die dort betriebene Landwirtschaft soll mit der Regionalvermarktung in Berlin und mit
583 Aktivitäten einer stadtnahen Umweltbildung verbunden werden. Berlins Wälder innerhalb wie
584 außerhalb des Stadtgebiets haben große Bedeutung für unser Stadtklima, die
585 Trinkwasserversorgung, die Naherholung und als CO₂-Senke. Doch sie sind in der Klimakrise
586 hochgradig gefährdet. Wir wollen daher ihre Umgestaltung zu einem naturnahen und
587 klimaangepassten Mischwald beschleunigen. Für eine Naturverjüngung mit gemischten Baumarten
588 muss der Bestand an Schalenwild in Berlins Wäldern, soweit unvermeidbar, reguliert werden.
589 Gleichzeitig müssen die Berliner Moore, ein wichtiger CO₂-Speicher und Lebensraum für hoch
590 gefährdete Pflanzen- und Tierarten, dringend vor dem Austrocknen bewahrt und wo immer
591 möglich durch ein ambitioniertes Moorschutzprogramm wieder renaturiert werden. Auch unsere

592 Seen wollen wir schützen. Damit das Grün in unserer Stadt stetig weiterwächst, wollen wir
593 die bestehenden Aufkauffonds ausweiten und Flächen ankaufen, die ausschließlich für Flora
594 und Fauna reserviert bleiben. Das von uns in der aktuellen R2G-Koalition durchgesetzte
595 Projekt „Einstellung von Naturranger*innen und Parkmanager*innen“ wollen wir verstetigen.
596 Außerdem stehen wir weiter zum Erhalt des Tempelhofer Feldes in seiner jetzigen Form als
597 einer der größten und wichtigsten Grünflächen Berlins und lehnen eine Randbebauung ab. Die
598 Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist überfällig. Mit zusätzlichen finanziellen und
599 personellen Ressourcen wollen wir einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer unter
600 Beteiligung der Zivilgesellschaft wieder herstellen. Dazu prüfen wir die Einführung eines
601 Wasserentnahmeentgelts, das die Kraftwerke für die Nutzung des Flusswassers zu
602 Kühlzwecken zahlen. Für alle Gewässer werden zügig Konzepte zu ihrer naturnäheren
603 Umgestaltung erstellt. Ein zentrales Vorhaben ist dabei der zweite Bauabschnitt der
604 Renaturierung der Wuhle, so dass diese weiterhin ganzjährig Wasser führt und der
605 Artenreichtum erhalten bleibt. Wir wollen auch den Nutzungsdruck auf Berliner Gewässer
606 reduzieren und besser regeln. Unser Ziel ist, möglichst viele Wasserflächen für die
607 Naherholung zugänglich zu machen.

608 Die Friedhofsflächen sind sowohl als Orte des Trauerns als auch des Gedenkens und für die
609 Stadtnatur wertvolle Räume, die wir weiterhin schützen werden. Wir wollen Baumbestattungen
610 erleichtern und Möglichkeiten zu Baumpflanzungen im Zusammenhang mit Beisetzungen schaffen.

611 Eine Stadt ohne Müll

612 Den Berliner Müllbergen sagen wir den Kampf an. Berlin hat sich politisch dazu verpflichtet,
613 zu einer Zero-Waste-Stadt zu werden. Mit dem Abfallwirtschaftskonzept, der Zero-Waste-
614 Strategie und dem Start der Zero-Waste-Agentur sind wir erste wichtige Schritte gegangen,
615 weitere müssen folgen. Den Bezirken wollen wir deshalb bei der Pflege und Reinigung von
616 Grünflächen und Spielplätzen noch stärker finanziell unter die Arme greifen. Wir wollen den
617 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die
618 Anwohnenden zu erhöhen. Gerade Straßen mit hohem touristischen Aufkommen oder viel
619 Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es ist eine Frage der
620 Gerechtigkeit, die Anwohnenden nicht mit den Mehrkosten alleinzulassen.

621 Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und Abfall vermeiden. Daher wollen wir eine
622 Konferenz zum Thema zukunfts- und kreislaufwirtschaftsfähige Produktdesigns veranstalten und
623 mit einem Wettbewerb für innovative Produkte der Kreislaufwirtschaft dem Thema mehr
624 öffentliche Aufmerksamkeit zukommen lassen. Insbesondere wollen wir gegen den
625 Verpackungswahnsinn ankämpfen und den Verkauf von unverpackten Produkten unterstützen, auch
626 in herkömmlichen Supermärkten. Mit der Eröffnung der ersten Berliner
627 Gebrauchtwarenkaufhäuser haben wir wichtige Impulse gesetzt, die wir verstetigen wollen. Was
628 am Ende doch weggeschmissen wird, muss wesentlich besser recycelt werden. Besonders die
629 Rohstoffe aus Sperrmüll sollten besser wiederverwendet werden, anstatt sie mit dem Restmüll
630 zu verfeuern. Um dem illegalen Abstellen von Müll auf der Straße entgegenzuwirken, wollen
631 wir die Sperrmüllsammlung dezentraler und wohnortnäher gestalten. Kaputte Haushaltsgeräte
632 sollen nicht gleich auf dem Müll landen, sondern in Repair-Cafés oder von professionellen
633 Reparaturbetrieben günstig repariert werden können. Das ist nachhaltig und spart Geld. Das
634 fördert eine längere Nutzungsdauer und spart Abfall. Einen wichtigen Schritt dorthin haben
635 wir bereits unternommen: Wir haben mit der Handwerkskammer ein Netzwerk an zertifizierten
636 Reparaturbetrieben gegründet. Auch die Bioabfallsammlung wollen wir weiter ausbauen, um
637 organische Abfälle optimal, etwa für die Erzeugung von Biogas, verwerten zu können. Um Müll
638 einzusparen, wollen wir in Kantinen und im Gastronomiebereich noch stärker Pfandbehälter-
639 Systeme fördern, sowohl bei der Mitnahme von Speisen als auch bei der Anlieferung von
640 Zutaten. Die Eigenkompostierung in öffentlichen Kantinen, im Gastronomiebereich und in

641 privaten Haushalten möchten wir fördern. Einen weiteren Ausbau der Berliner
642 Müllverbrennungskapazitäten lehnen wir ab und setzen auf das Prinzip „Zero Waste“. Die
643 immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze von 580.000 Jahrestonnen Input zur
644 Verbrennung des Berliner Restmülls im MHKW Ruhleben darf nicht überschritten werden.

645 Bildung für nachhaltige Entwicklung

646 Damit in der Bevölkerung das Verständnis für die Folgen des Klimawandels wächst und Menschen
647 erfahren können, wie sie zur Klimawende beitragen können, wollen wir die Bildungsarbeit im
648 Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken und ausbauen. In den vergangenen vier
649 Jahren haben wir die Umwelt- und Naturbildung auf eine neue Grundlage gestellt. Mit einer
650 Stelle für das Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei der Senatsverwaltung
651 für Bildung haben wir einen ersten Erfolg erzielt. Dies wollen wir ausweiten und eine
652 Koordinierungsstelle für das BNE in Berlin schaffen. Diese wird, wie in Hamburg, auf der
653 Ebene der Senatskanzlei angesiedelt. Wir haben es geschafft, in jedem Bezirk ein
654 Umweltbildungszentrum zu errichten und zu finanzieren, die Bezahlung von Pädagog*innen
655 verbessert und die Bildungsmaßnahmen ausgeweitet. Daran wollen wir anknüpfen und die
656 begonnenen Projekte weiter verstetigen sowie die Zusammenarbeit mit wichtigen Institutionen
657 wie dem Naturkundemuseum, Botanischen Garten oder auch dem Ökowerk fördern. Darüber hinaus
658 ist es entscheidend, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen auch vor Ort direkt in den
659 Bezirken Anlaufstellen, Räumlichkeiten und gebündelte Projektunterstützung erhalten, so dass
660 Aktive vor Ort mehr unterstützt werden. Dies könnte beispielsweise in einem Klimahaus
661 geschehen.

662 Die Hochschulen, Schulen und Kitas müssen dazu mehr Unterstützung erfahren. Die von uns
663 Grünen in der Koalition durchgesetzte deutliche Erhöhung der finanziellen Förderung der
664 zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Umwelt- und Naturbildung muss verstetigt und
665 ausgebaut werden.

666 1.3 Kiez & Co. – lebenswerte und ökologische Stadtquartiere

667 Damit das, was zusammengehört, gemeinsam wachsen kann, brauchen wir eine soziale und
668 ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik, Verwaltung und
669 Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Wir wollen die Stadt und ihre Kieze weiter
670 zusammen mit den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine
671 gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch
672 integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige
673 Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die
674 partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte.
675 Beispiele sind der weitere Umbau des öffentlichen Raums, die Einrichtung von Begegnungszonen
676 oder der Aufbau von Quartiersmittelpunkten. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet sein,
677 dass sie verschiedene Nutzungsgruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Unser Ziel ist
678 es, entsiegelte Freiflächen zu erhalten. Dafür setzen wir auf integrierte Konzepte zur
679 Nachverdichtung der Gesamtstadt und ihrer Kieze und den Bau von flächensparenden
680 Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch
681 das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer
682 Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen.

683 Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu geplante und schon bestehende, bieten Platz für
684 Wohnen, Pflege, Nachbarschaft, Arbeiten, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung.
685 Die Wege zu Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Naherholung und für die Versorgung sind
686 kurz und die Anbindung ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht nicht nur die
687 Lebensqualität, sondern ist auch gut fürs Klima. Mit einer Internationalen Bauausstellung

688 (IBA) wollen wir dieser Vision Schwung verleihen und eine soziale und ökologische
689 Stadtentwicklung weiter voranbringen.

690 Stadtquartiere der Zukunft

691 Stadtentwicklung geht über die einzelnen Häuser, Grundstücke und fachlichen Belange hinaus:
692 Wir wollen die Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und seine Bezirke
693 erwachsen. Wir werden die Bezirke personell und finanziell dabei unterstützen, integrierte
694 städtebauliche Entwicklungskonzepte für Stadtumbau, Sicherung und Erweiterung des
695 Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte, Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und
696 Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit Bürger*innenbeteiligung, wirklicher Partizipation
697 bei Planung und Umsetzung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien verbunden. Neue
698 Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei, klimaneutral und
699 ressourcenschonend geplant werden. Alle für den Alltag wichtigen Einrichtungen wie
700 Bäckereien und Arztpraxen sollen in höchstens 15 Minuten zu Fuß erreichbar sein. Grünflächen
701 wollen wir biodivers planen und wie auf dem ehemaligen Flughafenareal Tegel durch innovative
702 „Sport- und Bewegungsparks“ für eine bewegte Stadt von morgen nutzen.

703 Der Bau von sozial-ökologischen Modellquartieren darf nicht länger warten und muss Standard
704 werden. Mit dem Schumacher Quartier ist der Anfang gemacht – viele andere Quartiere müssen
705 entsprechend folgen. Vorhandene Quartiere entwickeln wir im Rahmen der regelmäßigen
706 Bezirksentwicklungsplanung weiter, in die auch die soziale Infrastrukturplanung einfließt.
707 Die notwendigen Abstimmungen zwischen Landes- und Bezirksebene und allen beteiligten
708 Fachplanungen organisieren wir in einem breiten Diskurs zwischen Bürger*innen, Verwaltung
709 und Politik.

710 Eine Internationale Bauausstellung für Berlin-Brandenburg

711 Gemeinsam mit Brandenburg planen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA), um die großen
712 Themen der Urbanisierung, der städtebaulichen Nachhaltigkeit, der Mobilitäts- und Bauwende,
713 des Zusammenspiels von Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen, Grün und Erholung beispielhaft und
714 praktisch umzusetzen. Ziel ist es, die nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung
715 im Land und in den Bezirken wirksam voranzubringen. Zusammen mit den betroffenen Gruppen
716 wollen wir Lösungen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur erarbeiten – sozial, ökologisch
717 und bezahlbar. So bringen wir frischen Wind, Kreativität und Innovationsgeist in die
718 Planungs- und Bauämter und stärken die Zusammenarbeit – für eine zukunftsfähige
719 Stadtentwicklung in der ganzen Region!

720 Mitbestimmung im Kiez

721 Die Kieze und Quartiere sind der Puls der Stadt. Deshalb wollen wir dort die Mitbestimmung
722 stärken und den Austausch zwischen Nachbar*innen fördern. Hierfür haben wir im
723 Doppelhaushalt die Untertstützung der Beteiligungsformen deutlich ausgebaut, nun gilt es
724 diese Strukturen mit Leben zu füllen. Die Umsetzung der Bürger*innenbeteiligungsleitlinien
725 in der räumlichen Stadtentwicklung soll vorangetrieben und durch beispielhafte und weithin
726 sichtbare Projekte verankert werden. Die Bezirke werden dabei unterstützt, eigene
727 Beteiligungsleitlinien aufzustellen, um die Beteiligung vor Ort auszubauen. Den öffentlichen
728 Raum wollen wir zu einem Ort der Begegnung umgestalten. Mit stadteilnaher
729 Bürger*innenbeteiligung unterstützen wir die Vernetzung von Anwohner*innen und das
730 demokratische Gemeinwesen. Alle Berliner*innen sollen stärker ihr Lebensumfeld, sei es in
731 ihrem Wohnumfeld oder in der Stadt, aktiv mitgestalten können. Unzureichende Kenntnisse der
732 deutschen Sprache sollten dabei keine Hürde darstellen. Über die Bezirke sollen hierfür
733 ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Initiativen und
734 Bürger*innen, die ihren Kiez verändern wollen, wollen wir bei der Umsetzung von Spiel-,

735 Fahrrad- oder Klimastraßen sowie beim Ausprobieren und Lebendiggestalten von
736 verkehrsberuhigten Kiezblocks stärker unterstützen, beraten und vernetzen. Dafür brauchen
737 wir Anlaufstellen vor Ort in den Bezirksämtern. Ob wir diese mit Servicebüros für die
738 Mobilitätswende oder Einführung von Verkehrswenderäten abdecken können, bedarf genauerer
739 Überprüfung.

740 In den Bezirken wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen,
741 regelmäßig Bezirksentwicklungspläne und integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte
742 (ISEK) aufzustellen und zu aktualisieren. In den östlichen Bezirken ist auch nach 30 Jahren
743 ein Aufholprozess bei der Aufstellung von Bebauungsplänen notwendig, um beispielsweise
744 Kulturorte wie die Kulturbrauerei auch baurechtlich zu sichern. Gemeinsam mit
745 diversitätssensiblen Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen soll dadurch ein Raum für die
746 öffentliche Diskussion über Projekte der Stadtentwicklung geschaffen werden, um
747 beispielsweise Maßnahmen für soziale und grüne Infrastruktur, den Klimaschutz oder die
748 Verkehrswende erfolgreich begleiten zu können. Bei der Planung von neuen Quartieren soll dem
749 demografischen und kulturellen Wandel durch neue Wohnformen Rechnung getragen werden und der
750 Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie
751 Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen,
752 Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse,
753 Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere
754 Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das „geschützte Marktsegment“
755 vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem leichterem Zugang zu
756 Bürgerschaften der Stadt erhalten.

757 Klimaneutrales und nachhaltiges Planen und Bauen

758 Der Klima- und Ressourcenschutz beginnt beim Planen von Häusern und Wohnquartieren. Wir
759 setzen uns für ein ökologisches, klimaneutrales und kreislauffähiges Bauen ein. Beim Bau
760 oder bei der Modernisierung von Häusern müssen deshalb zukünftig ökologische,
761 energieeffiziente und recyclingfähige Dämm- und Baustoffe wie Hanf, Stroh, Holz, Kalk, Lehm
762 und Ziegel sowie die Potentiale des Baustoffrecyclings genutzt werden. Mit der
763 Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen Beschaffung haben wir hier für öffentliche
764 Bauvorhaben wichtige Weichen gestellt und sorgen mit dem Bauinformationszentrum für
765 Information und Vernetzung. Was nun folgen muss, sind eine Digitalisierung der Bauämter,
766 eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der Allgemeinen
767 Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau). Wir wollen
768 alle Grundlagen schaffen, um auch das serielle Sanieren auf Basis digitaler Planungsprozesse
769 zu ermöglichen. In der Bauwirtschaft soll die Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden. Das
770 bedeutet, dass zukünftig nur noch Bauelemente und Baustoffe verbaut werden, die später
771 wiederverwendet oder recycelt werden können. Ebenso gilt es, erhaltenswerte Bausubstanz
772 wirksam zu schützen und Bauelemente bei Sanierungen aufzubereiten und wiederzuverwenden. Für
773 uns ist klar: Baukultur muss einen festen Ort in der Berliner Verwaltung finden. Damit dem
774 Holzbau, der eine schnelle und ökologische Alternative zum konventionellen Bauen ist, zum
775 Durchbruch verholfen werden kann, wollen wir ein Holzbau-Förderprogramm und eine Holzbau-
776 Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten für landeseigene Betriebe und
777 Wohnungsunternehmen. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden soll die Holzbau-Quote bei
778 mindestens 50 Prozent liegen. Das dafür eingesetzte Holz soll ausschließlich aus
779 zertifiziert nachhaltigem Anbau stammen.

780 Gemeinsam mit Brandenburg, als großem Forstland und Holzproduktionsstandort, wollen wir in
781 enger Abstimmung mit den Forstverwaltungen ein Holzbau-Cluster aufbauen. Den Einsatz von
782 Beton und Stahl im Hoch- und Tiefbau wollen wir aufgrund der damit verbundenen
783 Klimabelastungen auf das Nötigste reduzieren. Soweit auf Beton als Baustoff nicht verzichtet

784 werden kann, wollen wir eine Mindestquote für Recyclingbeton einführen, um zumindest den
785 Bedarf an Sand zu verringern.

786 Auch bei der Entsorgung von gesundheitsschädlichen Altlasten im Gebäudebereich wollen wir
787 weiter vorangehen. Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird, halten wir weiter fest.
788 Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Mieter*innen und Eigentümer*innen weiterführen und
789 ein Register mit typischen Asbestbauteilen und betroffenen Gebäuden aufbauen.

790 Grüner bauen – Tier- und Artenschutz im Städtebau verankern

791 Damit der Berliner Bauboom nicht in Betonwüsten endet, sollen Neubauten zukünftig nur noch
792 mit Gründächern und Grünfassaden errichtet werden. Gebäude sind wichtige Lebensräume für
793 Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung dem Rechnung trägt und Gebäudebrüter von Spatz bis
794 Fledermaus nicht Opfer von Neubau und Sanierung werden. Die öffentlichen Betriebe und
795 Wohnungsbaugesellschaften sollen ein Vorbild sein und über die minimalen Anforderungen
796 hinaus für Artenschutz sorgen. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für alle
797 städtischen Grundstücke und Gebäude wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt-,
798 Landschafts- und Freiraumplanung integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden
799 Tieren berücksichtigt (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen mit Blühwiesen und
800 strukturreichem Grün wie Hecken und Büschen insekten- und tierfreundlich gestaltet werden,
801 um Lebensräume und Biotopverbindungen für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten. Die
802 Begutachtung auf Brutplätze bzw. Ruhestätten an Gebäuden müssen qualifiziert und rechtzeitig
803 stattfinden, wenn möglich bereits ein Jahr vor Baubeginn. Eine ökologische Baubegleitung
804 soll die Planung und Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.

805 Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes

806 Der öffentliche Gebäudebestand soll durch energetische Modernisierung klimaneutral werden.
807 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass dies auch bei privaten Gebäuden der Fall ist.
808 Um dies umzusetzen, wollen wir, dass alle Berliner Institutionen des Landes Berlin, die
809 Bezirke und alle landeseigenen Unternehmen Kosten- und Maßnahmenpläne aufstellen, die
810 darlegen, wie ihr Gebäudebestand bis 2035 so umgebaut werden kann, dass er CO₂-neutral wird.
811 Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und die Bezirke wollen wir mit deutlich mehr
812 Finanzmitteln für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur energetischen Modernisierung
813 ausstatten. In die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und den landeseigenen
814 Wohnungsunternehmen sowie in das Wohnraumversorgungsgesetz wollen wir ebenfalls verbindliche
815 ökologische Kosten- und Maßnahmenpläne mit jährlichen Ziel- und Vergütungsvereinbarungen
816 aufnehmen. Im Rahmen der Umsetzung setzen wir auf das Konzept des Einspar-Contractings.

817 Neue Konzepte für die Stadtteilzentren – die Zeit der Shopping-Malls ist vorbei!

818 Berlin ist auch Hauptstadt der Shopping-Malls. In keiner anderen Stadt wurde in den
819 vergangenen Jahrzehnten derart rücksichtslos ein Einkaufstempel nach dem anderen in den
820 Stadtraum gesetzt. Mittlerweile ist das Geschäftsmodell überholt und steht einer
821 nachhaltigen Stadtplanung entgegen. Wir lehnen daher den Bau neuer Shopping-Malls ab und
822 setzen uns dafür ein, dass Einkaufszentren mit wirtschaftlichen Problemen umgenutzt werden.
823 Der Online-Handel und die Corona-Lockdowns haben den Berliner Stadtteilzentren und
824 Haupteinkaufsstraßen zusätzlich geschadet. Hier brauchen wir niedrigere Gewerbemieten und
825 neue Nutzungskonzepte, die mit den Menschen vor Ort erarbeitet und vom Land unterstützt
826 werden müssen. Dabei kann es um die Logistik der letzten Meile und Abholservice für den
827 Online-Handel, um Flächen für Gewerbe und Handwerk, Stadtteil- und Kiezzentren, Projekte für
828 junge Menschen und linke Freiräume, kommerzielle und nichtkommerzielle Angebote ebenso wie
829 um neues Wohnen oder um zivilgesellschaftliche und kulturwirtschaftliche Konzepte gehen. Die

830 Diskussion über die Zukunft der Bezirks-, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren ist ebenso
831 überfällig wie über die Einkaufsstraßen der City West und der Berliner Mitte.

832 1.4 Bus, Bahn und Sharing-Modelle – bequem durch die Hauptstadt

833 Wir Grüne haben die Verkehrswende in Berlin eingeleitet. Dabei steht für uns der Umbau
834 Berlins hin zu einer noch lebenswerteren Stadt im Mittelpunkt und gleichzeitig schützen wir
835 auch das Klima und die Gesundheit der Berliner*innen, denn Lärm und Emissionen machen krank.
836 Nach Jahrzehnten einer Politik, die das Auto ins Zentrum gerückt hat, haben wir die Weichen
837 für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik gestellt, die abgasfrei, sicher und leise ist und
838 allen Zugang zur Mobilität ermöglicht. Die Grundlage dafür bildet das erste Mobilitätsgesetz
839 Deutschlands, das in der letzten Wahlperiode für Berlin verabschiedet wurde. Außerdem haben
840 wir mit dem Nahverkehrsplan bis 2035 bis zu 28 Milliarden Euro für Betrieb und Ausbau des
841 öffentlichen Nahverkehrs zugesagt: ein historischer Aufbruch in eine neue Ära der
842 Verkehrspolitik in der Hauptstadt.

843 Wir wollen, dass mehr Menschen auf klimafreundliche Mobilität umsteigen. Damit entlasten wir
844 auch die Berliner*innen an großen, lauten Straßen, die besonders unter Lärm und Emissionen
845 leiden. Deshalb brauchen wir insgesamt deutlich weniger motorisierten Individualverkehr. Der
846 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist – nach dem Fußverkehr – die am zweithäufigsten
847 genutzte Fortbewegungsoption der Berliner*innen. Der ÖPNV ist nicht nur klimafreundlich,
848 sondern auch eine günstige, schnelle und sichere Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin
849 ans Ziel zu gelangen. Wir werden den ÖPNV als Rückgrat des Berliner Verkehrs deshalb weiter
850 stärken und ihn noch klimafreundlicher, leistungsfähiger und zuverlässiger machen. Bis 2030
851 soll der gesamte ÖPNV-Fuhrpark emissionsfrei betrieben werden. Mit dem Programm „i2030“
852 zeigen wir, dass wir über die Landesgrenzen hinausdenken. Erste Strecken werden noch in
853 dieser Wahlperiode eingeweiht, viele weitere werden folgen. So stärken wir den Pendelverkehr
854 nach Brandenburg. Ebenso setzen wir uns für den Ausbau der Bahnstrecken nach Dresden,
855 Stettin und an die Ostsee ein. Wir wollen die Potentiale der Bahnindustrie am Standort
856 Berlin mobilisieren, um die Mobilitätswende voranzutreiben und den Industriestandort Berlin
857 zu stärken.

858 Dichte Taktfolge – Bus und Bahn kommen

859 Um mehr Menschen zu motivieren, ihr Auto stehen zu lassen und auf den ÖPNV umzusteigen,
860 braucht es ein Angebot, das attraktive und verlässliche Mobilität bietet. Unser Ziel ist es,
861 in dicht besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-
862 Bahn-Ringes liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In
863 weniger dicht besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein
864 ÖPNV-Angebot zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss das ÖPNV-Streckennetz zügig weiter
865 ausgebaut werden. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Deshalb wollen wir neue
866 Umsteigepunkte zwischen der U-Bahn, S-Bahn, der Tram und vor allem den Regionalbahnen
867 schaffen. In weniger dicht besiedelten Gebieten setzen wir außerdem auf Rufbussysteme, die
868 flexibel, barrierefrei und unkompliziert eine schnelle und gute Anbindung garantieren.
869 Mit dem Muva sind wir hierfür in dieser Periode schon erste Schritte gegangen. Auch die
870 Reaktivierung von Infrastrukturen, wie zum Beispiel den zwei ehemaligen U-Bahn-Eingängen am
871 Hermannplatz, erhöht die Attraktivität von heutigen und zukünftigen Umsteigepunkten. Gerade
872 wenn wir mehr Pendler*innen aus dem Auto auf die Schiene bringen wollen, brauchen wir eine
873 Erweiterung und neue Verknüpfungen im Netz. Dabei setzen wir auch auf den Erhalt und den
874 weiteren Ausbau von (Schnell-)Bus-Linien. Um das gewährleisten zu können, braucht die BVG
875 neue und moderne Züge und Busse.

876 Ein großes Tramnetz für Berlin

877 Das Tramnetz der Zukunft soll in alle Stadtteile ausgespannt werden und wichtige
878 Stadtteilzentren miteinander verbinden. Wir wollen neue Tramstrecken nach Möglichkeit im
879 eigenen Gleisbett umsetzen. Die Straßenbahn wollen wir grundsätzlich gegenüber anderen
880 Verkehrsmitteln priorisieren, da sie im Betrieb und Bau preiswert ist und ein schneller
881 Ausbau in viele Stadtteile möglich ist. Darüber hinaus wollen wir auch den Güterverkehr mit
882 Straßenbahnen zukünftig berücksichtigen. Wir wollen daher den Bau weiterer Tramverbindungen
883 fortsetzen. In den kommenden Jahren wird das Straßenbahnnetz um ein Drittel verlängert –
884 zunächst nach Adlershof, zur Turmstraße und dann zum Ostkreuz. Schon bald sollen dann auch
885 vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz, nach Spandau, zum Hermannplatz und später auch durch
886 die Sonnenallee, zum Rathaus Steglitz, nach Tegel und zum Bahnhof Zoo Trams fahren. Ziel
887 soll es sein, dass die Straßenbahn schon bald mehr Stadtteile miteinander verbindet. Auch
888 die Außenbezirke werden perspektivisch besser an das Tram-Netz angebunden. Wir orientieren
889 uns dabei am „Zielnetz Berlin 2050“ des Bündnisses „Pro Straßenbahn Berlin“. Um den
890 Straßenbahnausbau zu beschleunigen, werden wir neue, attraktive Planerstellen in der
891 Verwaltung schaffen und streben die Gründung einer InfraTram-Gesellschaft an.

892 Ausbau von U-, S- und Regionalbahn

893 Damit Berliner*innen auch weite Strecken in der Stadt problemlos zurücklegen können und
894 Pendler*innen aus dem Umland zuverlässig und pünktlich in die Innenstadt kommen, haben wir
895 im Senat die Beschaffung neuer S-Bahn- und U-Bahn-Wagen durchgesetzt. Dabei wird Berlin
896 erstmals einen landeseigenen S-Bahn-Fuhrpark aufbauen. Wir werden 1.380 neue S-Bahn-Wagen,
897 im Wert von rund drei Milliarden Euro, ausschreiben, die in Zukunft durch die Stadt fahren
898 sollen, und eine Option auf über 850 weitere sichern. Dadurch kann nicht nur die Taktung des
899 S-Bahn-Angebots deutlich erhöht werden, sondern auch dessen Leistungsfähigkeit und
900 Zuverlässigkeit verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir mehr Orte an die S-Bahn
901 anbinden. Auch hier orientieren wir uns an unserer Vorgabe, dass in dicht besiedelten
902 Gebieten ein 5- und in weniger dicht besiedelten Gebieten ein 10-Minuten-Takt gewährleistet
903 werden soll.

904 Mit der Bestellung von bis zu 1.500 U-Bahn-Wagen können engere Takte und längere Züge
905 angeboten werden. Nach Jahren des Stillstandes haben wir endlich wieder Machbarkeitsstudien
906 und Kosten-Nutzen-Untersuchungen zum Ausbau bestehender U-Bahn-Strecken in Auftrag gegeben.
907 Der Bau von U-Bahnen ist allerdings deutlich langwieriger und kostenintensiver als der
908 Ausbau von Tramlinien. Darum gilt für uns: Bei der schnellen Umsetzung der Verkehrswende hat
909 für uns der Tram-Ausbau Vorrang. Gleichzeitig bauen wir gezielt dort das S- und U-Bahn-Netz
910 weiter aus, wo es verkehrlich sinnvoll ist und wir so eine bessere Mobilität und in der
911 Bilanz einen besseren Klimaschutz erreichen. Für neue U- oder auch S-Bahn-Strecken müssen
912 mindestens zwei von drei Kriterien erfüllt sein: die Erschließung neuer Wohngebiete, ein
913 überdurchschnittlicher Zuwachs an Fahrgästen oder neue Umstiegsmöglichkeiten für
914 Pendler*innen. Bei der Erschließung neuer Wohngebiete ist es wichtig, den Anschluss an den
915 öffentlichen Nahverkehr schon in der Planung mitzudenken. Mit der Nahverkehrstangente als
916 schienengebundener tangentialer Regionalverbindung werden wir die Vernetzung der östlichen
917 Bezirke untereinander bedeutend verbessern. Der weitere Ausbau der Verbindungen ins Umland
918 mit der S- und Regionalbahn findet in enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg statt. Damit
919 wird der Umstieg vom Auto auf die Bahn für Pendler*innen noch attraktiver und die Umwelt
920 wird geschont.

921 Die Hauptstadtregion im Blick – Ausbau der Verbindungen ins Umland

922 Gemeinsam mit dem Land Brandenburg, der Deutschen Bahn und dem VBB planen wir ein
923 umfangreiches Ausbauprogramm für den ÖPNV in der Hauptstadtregion. Mit dem Programm „i2030“
924 wollen wir in der Metropolregion bis zu 180 Kilometer Bahnstrecke reaktivieren, neu oder

925 ausbauen. Rund 100 Stationen und Bahnhöfe in der Hauptstadtregion sollen neu, aus- oder
926 umgebaut werden. Langfristig wollen wir Pendelnden das Umsteigen auf die Bahn durch neue
927 Regionalverkehrsangebote mit dichten, einheitlichen Taktfolgen auch in den
928 Randverkehrszeiten erleichtern. Künftig werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass auf den
929 Strecken, die nicht elektrifiziert werden können, Alternativen zum Dieselantrieb zum Einsatz
930 kommen.

931 Damit der ÖPNV von Pendler*innen und Berliner*innen in der ganzen Stadt und im Brandenburger
932 Umland noch mehr als bisher genutzt wird, wollen wir deutlich mehr Fahrradparkplätze und
933 Fahrradparkhäuser an großen U- und S-Bahnhöfen besonders im äußeren Stadtgebiet schaffen und
934 wo möglich Park-and-Ride-Stationen einrichten oder erweitern. Die Fahrradmitnahme wollen wir
935 ebenfalls erleichtern, indem wir im Rahmen von Ausschreibungen entsprechende Anforderungen
936 an die zu beschaffenden Fahrzeuge formulieren. Für Nutzer*innen des Sozialtickets soll die
937 Fahrradmitnahme kostenlos werden. Die Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes ist
938 ein zentraler Baustein der Verkehrswende.

939 Haltestellen sicher, bequem und grün gestalten

940 Zu einem modernen ÖPNV gehören auch sichere, bequeme und nachhaltige Bahnhöfe und
941 Haltestellen. Bus und Bahn müssen bei jedem Wetter und zu jeder Uhrzeit gerne genutzt werden
942 können. Deshalb werden wir die Sicherheit und das Wohlbefinden an allen unseren Bahnhöfen
943 und Haltestellen weiter erhöhen. Alle Bus- und Tramhaltestellen wollen wir mit gut
944 ausgeleuchteten Wartehäuschen inklusive ausreichend Sitzgelegenheiten ausstatten und soweit
945 möglich begrünen und entsiegeln. Die Bahnsteige unserer U-Bahnhöfe sollen auf bauliche
946 Engstellen überprüft und wo nötig umgebaut werden, um die Sicherheit zu erhöhen.

947 Barrierefreiheit – Bus und Bahn für alle

948 Der öffentliche Personennahverkehr muss für alle zugänglich sein. Eine Stadt für alle
949 bedeutet Mobilität für alle. Dafür stehen wir. Deshalb muss der Umbau aller Bahnhöfe und
950 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang schnellstmöglich
951 abgeschlossen werden. Hierfür haben wir der BVG und den Bezirken bereits viel Geld zur
952 Verfügung gestellt. Menschen mit Behinderung, ältere Menschen oder Fahrgäste mit kleinen
953 Kindern sollen problemlos alle Bahnsteige und Haltepunkte erreichen können, um das Angebot
954 des ÖPNV nutzen zu können. Im Mobilitätsgesetz haben wir einen barrierefreien ÖPNV
955 vorgeschrieben. Mit dem Start des Pilotprojekts „Alternative Barrierefreie Beförderung“ der
956 BVG wurde dafür ein wichtiger Schritt getan. Dieses Angebot wollen wir sukzessive auf ganz
957 Berlin ausweiten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxis
958 im öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen.

959 Mobilität muss auch queer und feministisch sein

960 Noch immer wird Verkehrspolitik vor allem von Männern für Männer gemacht. Doch die Realität
961 der Mobilität sieht meist anders aus. Frauen nutzen seltener das Auto und sind mehr zu Fuß,
962 mit dem Rad oder dem ÖPNV unterwegs. Durch nicht verantwortungsbewusst fahrende
963 Autofahrer*innen oder durch Angsträume sind sie auch größeren Gefahren ausgesetzt. Wir
964 wollen uns deshalb für eine queere und feministische Verkehrspolitik einsetzen: Soziale Wege
965 sollen mehr ins Zentrum der Verkehrsplanung gestellt werden. Wir streben eine
966 geschlechterparitätische Besetzung in den Gremien an und setzen uns dafür ein, dass mehr
967 Frauen den Weg in technische Berufe im Verkehrsbereich gehen. Eine queer-feministische
968 Verkehrspolitik bedeutet aber auch, Angsträume zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl zu
969 stärken. Marginalisierte Gruppen sind auch häufiger Diskriminierung oder sexueller
970 Belästigung im ÖPNV und im öffentlichen Raum ausgesetzt. Deshalb wollen wir die Sicherheit
971 der Fahrgäste verbessern und so Barrieren zur Nutzung abbauen. Dazu bedarf es einer

972 umfassenden Datenerhebung und einer Umsetzung von Maßnahmen wie besserer Beleuchtung von
973 Wegen und Bahnhöfen, digitalen Meldemöglichkeiten, Awareness-Kampagnen und
974 Gefahrenprävention durch bessere Gestaltung der Haltestellen sowie dem Einsatz von
975 geschultem Personal.

976 Finanzierung – günstige Ticketpreise sichern und Mittel für Investitionen generieren

977 Wir haben unter anderem mit der Fahrzeugbeschaffung eine milliardenschwere ÖPNV-Offensive
978 gestartet. Denn wir wissen, es steigen nur noch mehr Berliner*innen auf den ÖPNV um, wenn
979 der Bus mindestens alle zehn Minuten kommt, die U-Bahn sauber und ein Platz frei ist und der
980 Preis stimmt. Diese Offensive wollen wir weiter vorantreiben. Weil die massiven
981 Investitionen dafür nicht allein über öffentliche Zuschüsse gestemmt werden können und eine
982 Erhöhung der Ticketpreise für uns nicht infrage kommt, müssen weitere Einnahmen generiert
983 werden. Gerade wer noch mehr Linien und mehr Bahnen als bisher schon ausfinanziert schaffen
984 will, muss auch beantworten, wie diese zusätzlich finanziert werden sollen, ein Streichen
985 bisheriger Planungen, wie sie im Nahverkehrsplan vorgenommen wurden, lehnen wir ab. Die
986 Kosten, die durch den Autoverkehr entstehen, werden von der gesamten Gesellschaft getragen.
987 Solch eine breite Finanzierung streben wir auch beim ÖPNV an. Wir wollen die
988 Verkehrsfinanzierung revolutionieren, damit alle Berliner*innen eine schnell erreichbare
989 Haltestelle vor ihrer Tür bekommen, die Tickets günstiger werden und die U-Bahn häufiger
990 kommt. Schon in der vergangenen Wahlperiode wurden intensive Untersuchungen und Studien in
991 Auftrag gegeben, um die verschiedenen Instrumente, wie eine City-Maut, die Ausweitung von
992 Parkgebühren, eine Nahverkehrs- oder Tourismusabgabe zu untersuchen. Damit könnte das Klima
993 geschützt, Lärm verringert und die Aufenthaltsqualität verbessert werden, damit Berlin eine
994 noch lebenswertere Stadt wird. Im Dialog mit der Wissenschaft und der Stadtgesellschaft
995 wollen wir weiter über Einführungs- und Ausgestaltungsmöglichkeiten debattieren und nächste
996 Schritte erarbeiten. Denn die Kosten des Autoverkehrs müssen endlich inklusive der Umwelt-
997 und Gesundheitskosten ehrlich bemessen und nach dem Verursacherprinzip getragen werden.
998 Dabei gilt für uns der Grundsatz: Der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, wer guten
999 Zugang zur Innenstadt hat. Deshalb muss jede Maßnahme so ausgestaltet sein, dass sie sowohl
1000 einen ökologisch nachhaltigen Effekt für Berlin hat als auch Mobilität für Menschen mit
1001 wenig Geld gewährleistet. Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, wie Pflegedienste oder
1002 Handwerker*innen, werden künftig sogar noch einfacher in die Stadt kommen, da weniger Autos
1003 auch weniger Stau bedeuten. So vereinen wir neue Freiräume und Mobilität für alle.

1004 Ein verbessertes Angebot und ein Ausbau des ÖPNV dürfen nicht automatisch zu hohen
1005 Ticketpreisen führen. Das würde den Anspruch einer sozial-ökologischen Verkehrswende
1006 konterkarieren. Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode das Sozial-, das Schüler*innen-
1007 , das Azubi- und das Firmenticket deutlich günstiger gemacht und das Semesterticket für
1008 Studierende stabilisiert. Schüler*innen fahren in Berlin sogar völlig kostenfrei. Klar ist:
1009 Damit sich mehr Menschen für den ÖPNV entscheiden, müssen die Tarife dauerhaft niedrig und
1010 solidarisch finanziert sein. Unser Ziel sind deutlich günstigere Tarife. Das bundesweite 49
1011 Euro Ticket stellt eine Revolution des ÖPNV Tarifsystems dar. Wir wollen auf diesem aufsetzen
1012 und für Studierende, Pflegebedürftige, Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II und
1013 Sozialhilfe sowie Personen, die heute bereits Anspruch auf kostenfreie oder ermässigte
1014 Beförderung haben, dieses weiter rabattieren. Mit dem 29 Euro Ticket und dem 9 Euro-Sozial-
1015 Ticket hat Berlin gezeigt, dass wir schnell und unbürokratisch entlasten und Mobilität für
1016 alle ermöglichen können. Damit kann der ÖPNV von allen erheblich günstiger genutzt werden.
1017 Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV, insbesondere in Zeiten starker Auslastung, wollen
1018 wir langfristig die Tarife fahrscheinlos gestalten.

1019 Teilen statt besitzen – neue Mobilität für ganz Berlin

1020 Seit einigen Jahren gibt es in Berlin zahlreiche neue Mobilitätsdienstleistungen, wie Car-,
1021 Scooter-, Ride- oder Bike-Sharing. Berlin ist von vielen Sharing-Anbietern als
1022 „Versuchslabor“ und Referenzgebiet ausgewählt worden. Berlin gehört damit zu den
1023 internationalen Vorreiterstädten bei der Sharing-Mobilität. Neue Mobilitätsformen müssen
1024 dazu beitragen, Emissionen einzusparen und Verkehr zu reduzieren. Unser Ziel ist, die
1025 Sharing-Mobilität als zusätzliches Angebot in den ÖPNV zu integrieren. Denn gerade in den
1026 mit dem ÖPNV unterversorgten Bereichen der Stadt können Sharing- und Poolingdienste die
1027 Lücke zwischen klassischem ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr schließen und damit
1028 zur Verkehrswende beitragen. Wir wollen dabei alle Möglichkeiten nutzen, um Car-, Bike-,
1029 Scooter- und Ride-Sharing in die ganze Stadt, also auch außerhalb des S-Bahn-Ringes, zu
1030 bringen, und gleichzeitig ökologische Standards hierfür vorgeben. Deshalb werden wir
1031 Parkplätze, die derzeit privaten Autos zur Verfügung stehen, im ausreichenden Maße in
1032 Abstellflächen für Sharing-Mobilität umwidmen. Wir wollen darauf hinwirken, dass alle
1033 Sharing- und Pooling anbietenden ihre Angebots- und Nachfragedaten dem Land zugänglich
1034 machen, damit verkehrliche Effekte untersucht und bestenfalls Open-Data- und Community-Open-
1035 Source-Tools ermöglicht werden. Digitale Mobilitätsassistenten wie die Jelbi-App sollen noch
1036 stärker dazu beitragen, unterschiedliche Mobilitätsangebote sinnvoll aufeinander
1037 abzustimmen, zu verzahnen, ihre Nutzung zu vereinfachen und so Verkehr zu reduzieren. Von
1038 zentraler Bedeutung ist für uns dabei die Weiterentwicklung des Leihfahrradsystems. Wir
1039 streben ein flächendeckendes Angebot über die ganze Stadt an, das mit dem ÖPNV gut verknüpft
1040 ist und so den Umstieg auf eine klimaschonende Mobilität befördert. Wir wollen auch das Taxi
1041 erhalten und ihm neue Geschäftsfelder eröffnen: ob beim Pooling oder durch barrierefreie
1042 Taxis. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Reform des Personenfördergesetzes
1043 ein, das die Rahmenbedingungen zwischen Taxis, Mietwagen und Ride-Sharing klar und fair
1044 regelt.

1045 1.5 Mehr Platz für das Rad, zu Fuß und für das Leben in der Stadt

1046 Über 70 Jahre lang stand vor allem das Auto im Mittelpunkt der Verkehrspolitik und der
1047 Stadtplanung. Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir das geändert und schon viele Fortschritte
1048 gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Der öffentliche Raum ist zwischen den
1049 Verkehrsteilnehmer*innen noch nicht so verteilt, wie es dem Bedarf der Berliner*innen
1050 entspricht. Während der klimaschädliche Autoverkehr durch breite Straßen und großzügigen
1051 Parkraum viel zu viel Platz für sich in Anspruch nimmt, müssen sich Fußgänger*innen und
1052 Radfahrer*innen oftmals Autos, LKWs und Motorrädern unterordnen. Wir wollen dieses
1053 Verhältnis umkehren. Unser Ziel ist es, dass eine Kombination aus leistungsfähigem ÖPNV,
1054 sicherem Rad- und Fußverkehr und intelligenten Sharing-Systemen den motorisierten
1055 Individualverkehr in der Stadt in den kommenden Jahren weitgehend ablöst und auf das
1056 notwendige Minimum reduziert. Dies schafft nicht nur eine gerechtere Verteilung des Raums
1057 unter allen Verkehrsteilnehmer*innen, sondern ermöglicht auch, Berlin lebenswerter
1058 umzubauen. Denn Parkplätze können sich auch zu grünen Oasen verwandeln, autofreie Kieze
1059 bringen Platz zum Spielen und Tollen und wo wir Beton aufreißen und Grün wächst, entstehen
1060 Versickerungsflächen, die kühlen und das Regenwasser speichern. Unsere Mobilitätspolitik
1061 zieht auch Lehren aus der Corona-Krise. Der Einzelhandel und die Gastronomie haben in der
1062 Corona-Krise besonders gelitten. Wir wollen auch deshalb das Auto in unseren öffentlichen
1063 Räumen zurückdrängen und damit die Aufenthaltsqualität auf den Straßen und Plätzen unserer
1064 Stadt so verbessern, dass Einzelhandel und Gastronomie einen neuen Aufschwung erleben. Denn
1065 in öffentlichen Räumen mit hoher Aufenthaltsqualität kaufen Menschen gerne ein und verweilen
1066 gern.

1067 Verkehrswende ist Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit

1068 Die Verkehrswende ist notwendig, damit Berlin seine Klimaschutzziele erreicht und die
1069 Berliner*innen bequem und klimafreundlich unterwegs sein können. Doch sie schafft auch mehr
1070 Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit im öffentlichen Raum. Der Verkehr ist, neben
1071 seinen hohen CO₂-Emissionen, auch einer der größten Verursacher von Lärm und von
1072 Luftschadstoffen wie Feinstaub. Besonders ältere Menschen und Kinder sowie Menschen mit
1073 geringem Einkommen, die häufig an den großen Hauptstraßen und in dichten Wohnquartieren
1074 wohnen, leiden überproportional unter diesen Umweltbelastungen. Gerade in der Corona-
1075 Pandemie wurde deutlich, wie wichtig die Verkehrswende ist, denn auch schlechte Luftqualität
1076 hatte Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf. Der psychologische Druck des Lockdowns trifft
1077 Menschen deutlich härter, die mit vielen anderen auf kleiner Fläche zusammenleben. Deshalb
1078 ist die Verkehrswende nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern ein Gewinn an
1079 Lebensqualität für alle Berliner*innen. Wer sich kein Eigenheim mit Garten leisten kann, wer
1080 den Wohnraum mit vielen anderen teilt, profitiert besonders von dieser Entwicklung.

1081 Den weiteren Ausbau der A 100 lehnen wir ab. Dafür vorgesehene Flächen sollen dem sozialen
1082 Mietwohnungsbau, Grün-, Bildungs- und Sportflächen sowie der kulturellen Nutzung dienen. Wo
1083 immer möglich, werden wir den Rückbau von Relikten der autogerechten Stadt, wie aktuell die
1084 Breitenbachplatzbrücke, weiter planen. Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen,
1085 dass die in Berlin liegenden Straßenprojekte des Bundesverkehrswegeplans gestrichen werden.

1086 Weniger und kleinere Autos und keine klimaschädlichen Verbrenner mehr – in ganz Berlin

1087 Die klima- und gesundheitsschädlichen Verbrenner sollen bis 2030 aus der Innenstadt und bis
1088 2035 aus ganz Berlin verschwinden. Die verbleibenden Fahrzeuge werden emissionsfrei
1089 angetrieben. Schon heute sind zweckmäßig und stadtverträglich dimensionierte Elektroautos
1090 vielfach eine sinnvolle Alternative für alltägliche Transportaufgaben. Deshalb unterstützen
1091 wir den Umstieg auf Elektrofahrzeuge und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Bis 2022 wurden
1092 in Berlin 2.000 öffentliche Ladepunkte errichtet. Wir machen weiter Tempo beim Ausbau und
1093 wollen die Anzahl der Ladepunkte und Ladeleistung in den kommenden Jahren nochmal deutlich
1094 erhöhen. Dennoch sollte das Auto in der Innenstadt nicht mehr die Norm, sondern nur noch die
1095 Ausnahme sein, denn auch Elektroautos brauchen Platz. Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur
1096 achten wir daher auch darauf, dass dieser nicht zulasten anderer Verkehrsarten geht. Klar
1097 ist: Manche Menschen werden immer individuelle Mobilität brauchen oder aufgrund ihrer
1098 Tätigkeit während ihrer Arbeit auf ein Fahrzeug angewiesen sein: Menschen mit Behinderung,
1099 Pflegedienste und Handwerker*innen, Polizei und Rettung, Bauunternehmen und Müllabfuhr.
1100 Weniger PKW-Verkehr als bisher nutzt gerade ihnen, denn so kommen sie besser voran.

1101 Fuß- und Radverkehr ausbauen

1102 Damit das möglich werden kann, haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur in den Ausbau
1103 des ÖPNV, sondern auch in die Verbesserung der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur investiert.
1104 Besonders die deutlich höheren Finanzmittel und Personalressourcen für den Radverkehr haben
1105 sich ausgezahlt. Als Grüne die Verkehrsverwaltung übernommen haben, gab es dort nur 3,5
1106 Stellen für die Radverkehrsplanung, jetzt sind es über 70. Statt 5 Millionen Euro sind heute
1107 über 30 Millionen Euro im Landeshaushalt für den Radverkehr vorgesehen die durch zusätzliche
1108 Bundesmittel ergänzt werden.

1109 Allein im vergangenen Jahr wurden 100 Kilometer Radwege in Berlin geplant und ungefähr 30
1110 Kilometer gebaut oder modernisiert. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren knapp
1111 15.000 Abstellplätze geschaffen. Damit sich allerdings der Trend zum Rad fortsetzt, braucht
1112 es eine flächendeckende und sichere Radverkehrsinfrastruktur. Deshalb wollen wir mit mehr
1113 Tempo weiter neue Radwege bauen, Autostraßen zu Fahrradstraßen umwidmen, 100 Kilometer
1114 Radschnellwege schaffen und an allen Hauptstraßen sichere Radstreifen einrichten. Unser Ziel
1115 ist ein gut ausgebautes und miteinander verbundenes Radnetz. Wir streben eine Grüne Welle

1116 auf dem Rad-Vorrangnetz an. Die bestehende Radinfrastruktur wollen wir an das steigende
1117 Aufkommen anpassen. Dabei berücksichtigen wir auch die vermehrte Nutzung von Lastenrädern im
1118 privaten und gewerblichen Bereich. Wo nötig, schaffen wir spezielle Infrastruktur für
1119 Lastenräder, zum Beispiel indem wir geeignete und sichere Abstellplätze einrichten. Die
1120 Anschaffung von Lastenrädern wollen wir als Transportalternative zum Auto weiter fördern. In
1121 den Kiezen sollen die Wohnstraßen so hergerichtet werden, dass zum Beispiel durch
1122 abgeschliffene Oberflächen und unter Vermeidung unnötiger Versiegelung auch auf
1123 Kopfsteinpflaster sicheres und bequemes Radfahren möglich ist. Zur Erleichterung des Ausbaus
1124 der Rad- und Fußinfrastruktur sowie der ÖPNV-Beschleunigung soll die Zuständigkeit für die
1125 Planung und Umsetzung aller Maßnahmen an Hauptstraßen und zur Realisierung der
1126 Radschnellverbindungen sowie ergänzender Infrastruktur, wie zum Beispiel Fahrradbarometern
1127 und Fahrradparkhäusern, von den Bezirken gänzlich an den Senat übergehen. Im Gegenzug sollen
1128 die Bezirke von Anfang bis Ende für die Nebenstraßen zuständig sei. Dabei ist entscheidend,
1129 dass die Verfügung über die betreffenden Haushaltsmittel der Aufgabenzuständigkeit
1130 zugeordnet ist und zukünftig keine Doppelzuständigkeiten mehr bestehen. Auch für den Betrieb
1131 der Infrastruktur müssen zwischen Land und Bezirken klare Zuständigkeiten getroffen werden.
1132 Ebenso wollen wir die Anzahl der Fahrradstellplätze und Fahrradparkhäuser weiter deutlich
1133 erhöhen und gemeinsam mit der Polizei eine wirksame Strategie gegen Fahrraddiebstahl
1134 entwickeln. Um Konflikte mit dem Fußverkehr zu vermeiden, müssen Fahrradstellplätze
1135 bevorzugt und vor allem auf bisherigen Autoparkplätzen entstehen.

1136 Um mögliche Konflikte zwischen neuer Fahrradinfrastruktur und Naturschutz zu vermeiden,
1137 sollten die Interessen des Naturschutzes bereits bei der Planung berücksichtigt werden. Eine
1138 weitere Versiegelung durch den Bau neuer Wege soll vermieden werden. Der Ausbau des
1139 Radwegenetzes sollte wo immer möglich durch Umverteilung des bestehenden Straßenraums
1140 erfolgen. Wo Fahrradschnellwege durch Parks und Grünanlagen nicht vermieden werden können,
1141 muss wo immer möglich eine lokale Kompensationsmaßnahme für das Stadtgrün und die
1142 Anwohnerschaft erfolgen.

1143 Auch den Fußverkehr wollen wir weiter fördern und sicherer machen. Mit dem neuesten Teil des
1144 Mobilitätsgesetzes haben wir dieser enorm wichtigen Mobilitätsform eine zentrale Bedeutung
1145 eingeräumt und ihren Ausbau in Gesetzesform gegossen. Dazu braucht es mehr geschützte
1146 Fußgängerüberwege, vor allem an Hauptverkehrsstraßen. Wir wollen möglichst viele Tempo-30-
1147 Strecken in der Stadt einführen und streben auf Bundesebene an, auf Hauptverkehrsstraßen
1148 leichter Tempo 30 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit anordnen zu können. Ampelschaltungen
1149 werden zukünftig stärker auf die Bedürfnisse von Fußgänger*innen abgestimmt und alle mit
1150 Vibrationstastern und Blindenakustik ausgestattet. Wir werden Straßenquerungen barrierefrei
1151 gestalten und sowohl für Rollstuhlfahrer*innen als auch für Blinde und Sehbehinderte
1152 umbauen. Mit mehr Bänken auf Straßen und Plätzen werden wir für mehr Aufenthaltsqualität im
1153 öffentlichen Raum sorgen und längere Fußwege auch für ältere Menschen wieder möglich machen.

1154 Autofreie Kieze für mehr Lebensqualität

1155 Wir werden den Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten und immer mehr autofreie Inseln
1156 in ganz Berlin schaffen. Spielstraßen, Nachbarschaftsstraßen, autofreie Kieze, Kiezblocks
1157 und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wollen wir weiterhin fördern und ausweiten. Ihre
1158 Einrichtung wollen wir durch , klare Zuständigkeiten und ausreichende Ressourcen
1159 vereinfachen. Dazu wurde im vergangenen Jahr ein zentraler Leitfaden geschaffen und die
1160 Bezirke mit einem Programm zur Finanzierung von Planung und Umsetzung von Kiezblocks. Unser
1161 Ziel ist es, in allen Berliner Bezirken mehrere Kiezblocks einzurichten und diese begleitend
1162 zu evaluieren und auf ihre verkehrlichen, sozialen und Umwelt-Effekte und ihre Akzeptanz zu
1163 untersuchen. Darüber hinaus werden wir die dauerhafte Umgestaltung der autofreien
1164 Friedrichstraße voranbringen und in der nächsten Legislaturperiode viele weitere

1165 Einkaufsstraßen autofrei gestalten. Mit Kiezblocks, autofreien Einkaufsstraßen oder
1166 Spielstraßen schaffen wir in ganz Berlin Orte mit viel mehr Lebensqualität und mit Platz,
1167 der allen Menschen – vor allem auch alten Menschen und Kindern – zum Flanieren, Spielen und
1168 für Begegnungen zur Verfügung steht.

1169 Verkehrssicherheit – Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte

1170 Die Verkehrssicherheit besonders für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, ältere Menschen und
1171 Kinder muss weiter erhöht werden. Aktuell führen sie leider die traurige Statistik der
1172 Unfalltoten und Schwerverletzten im Straßenverkehr an. Falschparken,
1173 Geschwindigkeitsübertretungen, insbesondere an Unfallschwerpunkten und besonders gefährdeten
1174 Orten wie Grundschulen und Kitas, oder das Fahren über eine rote Ampel und regelwidriges
1175 Abbiegen wollen wir stärker verfolgen und konsequent ahnden. Zusätzlich haben wir das
1176 Förderprogramm „Abbiegeassistenz Berlin“ mit 2 Millionen Euro aufgelegt, um die Lücke bis
1177 zum verpflichtenden Bau von Fahrzeugen mit Abbiegeassistent im Jahr 2024 zu schließen. Dazu
1178 muss mehr Personal bei Polizei und Ordnungsämtern abgestellt werden. Wir haben die
1179 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
1180 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
1181 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit und Miteinander auf Berlins Straßen zu
1182 sorgen. Der Aufbau vieler neuer stationärer und halbstationärer Blitzer im Stadtgebiet soll
1183 Raser*innen erfassen, ahnden und abschrecken. Radfahrer*innen sollen an immer mehr
1184 Kreuzungen zukünftig eine vom Autoverkehr getrennte Ampelschaltung erhalten. Um dabei
1185 schneller zu werden, haben wir die Programmierung und Kontrolle der Ampeln in kommunale Hand
1186 gegeben. Mit diesen Maßnahmen wollen wir das Leitbild der Vision Zero, eines Verkehrs ohne
1187 Unfalltote und Schwerverletzte, in unserer Stadt verwirklichen.

1188 Platz zum Leben statt Parkplatz

1189 Der öffentliche Raum ist für alle da, wir kämpfen für mehr Aufenthalts- und Grünflächen,
1190 Gemeinschaftsgärten, Nachbarschafts-Begegnungsorte und Spielplätze. Wir wollen die Stadt in
1191 den nächsten Jahren vom Autoverkehr deutlich entlasten und dazu die Parkraumbewirtschaftung
1192 massiv, am besten flächendeckend ausweiten. Das Parken im öffentlichen Raum soll wie auch
1193 andernorts üblich angemessen bepreist und bestmöglich mit digitalen Kontrollmöglichkeiten
1194 durchgesetzt werden. Im partizipativen Austausch mit den Anwohner*innen wollen wir insgesamt
1195 mehr Lebensqualität für alle Berliner*innen schaffen, dafür brauchen wir mehr Platz für
1196 Spiel und Sport, Bewegung und Verweilen. Wir wollen Läden und Kleingewerbe, Cafés, Kitas und
1197 Kinderläden, Initiativen für temporäre und dauerhafte Spielstraßen dabei unterstützen und
1198 fördern, Parkplätze für ihre Zwecke umnutzen zu können. Die Anzahl der Stellplätze werden
1199 wir für diese Ziele in den nächsten zehn Jahren halbieren und ihre Flächen umwidmen. Um dies
1200 zu erreichen, müssen bereits in der nächsten Periode mindestens 20 Prozent entsiegelt
1201 werden. Dafür haben wir mit dem Mobilitätsgesetz die Grundlagen gelegt und werden die
1202 Bezirke von Seiten des Landes dabei unterstützen. So schaffen wir mehr Lebensqualität für
1203 alle Berliner*innen, die mehr Platz für Spiel, Sport und Bewegung bekommen.

1204 Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und sicher machen

1205 Berlins Wirtschaft ist abhängig von zuverlässigen Transportketten. Wir wollen die
1206 Voraussetzungen schaffen, dass diese Transportketten zukünftig vor allem klimafreundlich auf
1207 die Schiene oder das Schiff verlagert werden können. Dazu wollen wir in Abstimmung mit dem
1208 Land Brandenburg ein Konzept entwickeln, um die Anbindung von Wirtschaftszentren an den
1209 Schienenverkehr und unsere Häfen zu verbessern. Außerdem wollen wir die Umrüstung auf
1210 elektrische oder emissionsarme Antriebe bei Schiffen fördern und den Ausbau von
1211 Elektroanlegern voranbringen. Den Lieferverkehr auf der letzten Meile wollen wir so weit wie
1212 möglich vom LKW auf stadtverträgliche Alternativen wie Lastenräder und

1213 Elektrolieferfahrzeuge verlagern sowie den verbleibenden Lieferverkehr so weit wie möglich
1214 auf den Hauptstraßen bündeln. Für das Liefern in den Kiez setzen wir auf MicroHubs, damit
1215 Güter von Logistikzentren mit CO₂-neutralen Kleinfahrzeugen klimafreundlich und
1216 kiezverträglich verteilt werden. Dort, wo zum Beispiel Handwerker*innen auf Fahrzeuge
1217 angewiesen sind, werden wir das sehr erfolgreiche Förderprogramm für Elektrokleintransporter
1218 fortsetzen und ausweiten, um einen emissionsfreien und sicheren Wirtschaftsverkehr auf den
1219 Weg zu bringen. Noch vorhandene städtische Umschlagflächen werden wir sichern und für
1220 zusätzliche Ladezonen bisherige PKW-Parkplätze nutzen. Das integrierte
1221 Wirtschaftsverkehrskonzept Berlin (IWK) wollen wir umsetzen.

1222 Lärmschutz und Klimaschutz verbinden, Flugverkehr reduzieren

1223 Flugzeuge sind mit Abstand die klimaschädlichsten Verkehrsmittel. Deshalb ist der
1224 Luftverkehr zu Recht in den Fokus der Klimadebatte gerückt. Wir werden infolge der Corona-
1225 Pandemie einen Strukturwandel hin zu einer deutlichen Reduzierung klimaschädlicher Flüge
1226 politisch befördern. Wir setzen uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen im
1227 Luftverkehr ein. Als Mitgesellschafter der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB)
1228 muss das Land Berlin für ein nachhaltiges Wirtschafts- und Klimaschutzkonzept des BER
1229 sorgen. Eine Erweiterung und weitere Start- und Landebahnen lehnen wir ab. Für die FBB muss
1230 ein Sanierungskonzept erarbeitet werden, mit dem es nach EU-wettbewerbskonformen Maßnahmen
1231 möglich ist, den Flughafen in öffentlicher Regie weiter zu betreiben und die Belastungen der
1232 Steuerzahler*innen dauerhaft zu beenden. Das Sanierungskonzept muss dabei umfassen, dass der
1233 Flughafenbetreiber anschließend sämtliche Betriebs- und Investitionskosten aus eigener Kraft
1234 stemmen kann. Besonders die Lärmbelastung ist für Anwohnende von Flughäfen enorm. Deshalb
1235 setzen wir uns weiterhin für ein Nachtflugverbot am neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER)
1236 zwischen 22 und 6 Uhr ein. Wir fordern Lärmobergrenzen nach dem Vorbild Frankfurts am Main
1237 und die Änderung der Betriebszeiten des Flughafens, um die oben genannte Nachtruhe zu
1238 gewährleisten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in die Start- und Landegebühren
1239 alle ökologischen, klima- und lärmbelastenden Faktoren eingerechnet werden. Anstelle des
1240 „Masterplans 2040“ wollen wir einen „Masterplan Klimaschutz“ für den BER mit den anderen
1241 Gesellschafter*innen beschließen, der eine stetige Reduktion der Flugbewegungen vorsieht.
1242 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass für Kurz- bzw. Inlandsflüge zukünftig
1243 deutlich höhere Gebühren erhoben werden dürfen und eine vollständige Internalisierung der
1244 ökologischen Kosten in den Flugpreis erfolgt. Dadurch soll eine Verlagerung von
1245 Kurzstrecken- und Inlandsflügen auf die Bahn erreicht werden. Außerdem wollen wir prüfen, ob
1246 und wie der Flughafen selbst eine klimagerechte Ausgleichszahlung erheben kann. Wir setzen
1247 uns zudem auf Bundesebene für einen Ausbau des Fernstreckennetzes der Bahn und der Nachtzug-
1248 Verbindungen ein und werden auch die Vergabe von Förderkrediten für neue
1249 eigenwirtschaftliche Nachtzugverbindungen ab Berlin durch die Investitionsbank Berlin und
1250 die KfW prüfen. Berlin soll Nachtzug-Drehkreuz werden. Zudem wollen wir, dass Dienstreisen
1251 der Berliner Verwaltung im Inland durch Bahnreisen erfolgen sollen bzw. dass digitale
1252 Konferenzen im In- und Ausland Flugreisen ersetzen und somit Energie und Emissionen sparen.
1253 Die Senatsverwaltung möge darauf hinwirken, dass Flug-Klassenreisen bei allen
1254 Beteiligten grundsätzlich bzgl. der CO₂-Bilanz des Fliegens hinterfragt und möglichst durch
1255 Alternativen ersetzt werden, auch wenn dies zeit- und kostenaufwendiger sein sollte.

1256 1.6 Regional, saisonal, bio: gutes Essen für alle

1257 Mit der Ernährungswende hat Berlin bundesweit einen neuen, mutigen Weg in der Agrar- und
1258 Ernährungspolitik eingeschlagen: Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft haben wir eine
1259 zukunftsfähige, nachhaltige und regional gedachte Ernährungsstrategie für die Stadt
1260 entwickelt und dabei Verbraucher*innen in das Zentrum gestellt. Gutes Essen muss allen
1261 Berliner*innen unabhängig von der finanziellen Situation erschwinglich sein. Ein besonderes

1262 Augenmerk haben wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung gelegt, denn die ist der Esstisch
1263 der Stadtgesellschaft, an dem wir alle zusammenkommen: Die Kantinen in öffentlichen
1264 Einrichtungen, Betrieben, Krankenhäusern, Kitas und Schulen Berlins versorgen täglich
1265 Tausende von Berliner*innen. Hier setzen wir an, um regionales und biologisches und vor
1266 allem köstliches Essen auf die Berliner Tische zu bringen. Gute Zutaten und gute Zubereitung
1267 sind zwei Seiten einer Medaille, deshalb setzen wir uns auch weiterhin für bessere
1268 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Cateringbetrieben ein.

1269 Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus dem Umkreis

1270 Bio- oder regionale Lebensmittel, vegane, vegetarische und saisonale Ernährung sind keine
1271 Nischenmärkte mehr: Sie sind längst Normalität für Berliner*innen. Wir wollen den von uns
1272 eingeschlagenen Weg weitergehen und den Bund und die EU dazu antreiben, die Agrar- und
1273 Ernährungswende zu vollziehen und die Tierzahlen zu reduzieren. So stärken wir Verbraucher-,
1274 Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig. Berlin zeichnet sich durch eine enorme Nachfrage an bio-
1275 regionalen Lebensmitteln aus. Dieser Markt bietet die Möglichkeit, die bio-regionale
1276 Landwirtschaft nachhaltig umzugestalten, die industrielle Tierhaltung zu beenden und mit dem
1277 Ausbau der pflanzlichen Ernährung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu
1278 ist es unerlässlich, eng mit Brandenburg und anderen benachbarten Bundesländern und unserem
1279 Nachbarland Polen zu kooperieren: Wir wollen, dass der Weg vom Acker auf den Teller kürzer
1280 wird und sich grundsätzlich ändert, hin zu einer ökologisch-regional orientierten
1281 Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig kann dieser regionale Bezug den Verbraucherschutz
1282 stärken. Dafür wollen wir in Zusammenarbeit mit Brandenburg, aber auch anderen Bundesländern
1283 eine gemeinsame Strategie entwickeln, die unter anderem ein Qualitäts-Regio-Siegel für
1284 Produkte aus dem Umkreis beinhaltet. Alle Berliner Vergabestellen sollen dann künftig bei
1285 öffentlichen Ausschreibungen dieses Qualitäts-Regio-Siegel verwenden. Damit unterstützen wir
1286 nicht nur die Ernährungswende in Berlin, sondern fördern auch nachhaltiges Wirtschaften in
1287 der gesamten Region.

1288 Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltung – Berlins Kantinen werden bio

1289 Mit der Berliner Ernährungsstrategie möchten wir den Anteil von biologisch produzierten,
1290 saisonalen, regionalen und pflanzlichen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung stetig
1291 ausbauen und diese Lebensmittel ganz oben auf den Speiseplan setzen. Gerade in der
1292 öffentlichen Beschaffung sehen wir große Potentiale, die wir besser nutzen können. Ein gutes
1293 Beispiel sind die Schulen. Ab 2021 gibt es beim beitragsfreien Schulessen für die ersten bis
1294 sechsten Klassen Früchte, Gemüse, Milch und Milchprodukte sowie Pflanzendrinks
1295 ausschließlich in Bio-Qualität. Der Bio-Anteil steigt damit von unter 15 Prozent auf über 50
1296 Prozent. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen nachhaltiger gestalten,
1297 Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie entwickeln und einführen und
1298 die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“ weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere
1299 alle Kitas und Schulen, aber auch die anderen Bereiche der Gemeinschaftsverpflegung, wie zum
1300 Beispiel Krankenhäuser, dabei unterstützen, bis 2026 weitestgehend auf biologisch
1301 produzierte, vor allem regional angebaute Lebensmittel und vollwertiges pflanzliches Essen
1302 umzusteigen. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten etablieren. Um
1303 unsere Ziele zu erreichen, setzen wir bei der Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf
1304 die neu geschaffene Fortbildungseinrichtung „Kantine Zukunft“. Dieses Projekt wollen wir in
1305 eine langfristig bestehende Struktur überführen und regelmäßig neue Küchen in das
1306 Umstellungsprogramm aufnehmen. Darüber hinaus soll sich Berlin gemeinsam mit Brandenburg
1307 aktiver an EU-Förderprogrammen für gesunde Lebensmittel in den Schulen beteiligen und eine
1308 aktivere Rolle im Netzwerk der deutschen Bio-Städte spielen.

1309 „LebensMittelPunkte“ in ganz Berlin

1310 Für die Ernährungswende reicht aber die Umstellung von Küchen nicht aus. Wir wollen an
1311 verschiedenen Standorten in jedem Bezirk mindestens einen „LebensMittelPunkt“ (LMP)
1312 etablieren. Dabei wollen wir zivilgesellschaftliche Initiativen der LMP-Bewegung einbeziehen
1313 und aktiv unterstützen. Diese „LebensMittelPunkte“ wollen wir zu Orten des sozialen
1314 Zusammenlebens entwickeln, an denen Zugang zu gutem und gesundem Essen, unabhängig vom
1315 Geldbeutel, und damit Verbraucherschutz gewährleistet ist. Hier soll auch Platz für alle
1316 Akteur*innen der Ernährungsszene gegeben sein, wie Lebensmittelretter*innen, bienen- und
1317 bestäuberfreundliche Urban-Gardening-Projekte, Kleingärtner*innen, Imker*innen, wie auch für
1318 lokale Manufakturen und insbesondere inhabergeführte Lebensmittelhandwerksbetriebe. Sie alle
1319 wollen wir durch Bürokratieabbau bei den bislang schwer umsetzbaren Hygienevorschriften
1320 unterstützen. Auch die Berliner Wochenmärkte sowie den Großmarkt wollen wir zu Zentren für
1321 frische und regionale Lebensmittel ausbauen.

1322 Ein „Food-Campus“ für die Ernährungswende

1323 Ein weiterer Schwerpunkt der Ernährungsstrategie ist der Ausbau der Lebensmittelbildung: Mit
1324 einem zentral gelegenen „Food-Campus“ wollen wir einen Ort schaffen, wo Wissenschaft,
1325 Praxis, Bildung und politische Diskussionen von und mit der Zivilgesellschaft die
1326 Ernährungswende in Berlin vorantreiben. Wir wollen es ermöglichen, dass alle Berliner*innen
1327 Zugang zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten rund um die Themen Ernährung und
1328 Landwirtschaft haben. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der pflanzlichen Ernährung liegen, denn
1329 der Konsum von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft soll aus Klima- und Artenschutzgründen
1330 deutlich sinken. Auch in den Schulen soll das Thema einen größeren Stellenwert einnehmen:
1331 Wir wollen jeder Schule Zugang zu einer Lehrküche geben und an jeder Schule einen
1332 Schulgarten etablieren, um allen Schüler*innen die Möglichkeit zu bieten, Basiswissen zu
1333 gesunder, pflanzlicher und nachhaltiger Ernährung zu erlangen und eine höhere Wertschätzung
1334 für Lebensmittel zu entwickeln. Nach dem Vorbild Kopenhagen wollen wir möglichst viele
1335 Schulen zu „Food-Schools“ machen, in denen das Essen frisch gekocht wird und Schüler*innen
1336 an der Zubereitung beteiligt werden können.

1337 Lebensmittelverschwendung beenden und Lebensmittelbetrug bekämpfen

1338 Berlin soll Zero-Waste-Stadt werden und auch dafür ist die Ernährungswende ein zentraler
1339 Hebel. Wir wollen Strukturen unterstützen, durch die gerettete Lebensmittel besser verteilt
1340 werden können. Supermärkte sollen abgelaufene Lebensmittel nicht mehr wegwerfen dürfen,
1341 sondern beispielsweise an die Tafel oder Foodsharing spenden. Auch streben wir es weiterhin
1342 auf der Bundesebene an, „Containern“ (entsorgte Lebensmittel aus den Mülltonnen der
1343 Supermärkte zu entwenden) zu legalisieren. Verbraucher*innen stehen für uns im Mittelpunkt –
1344 und nicht die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Wir wollen Lebensmittelbetrug einen Riegel
1345 vorschieben, dazu haben wir in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz bereits
1346 einen Runden Tisch gegen Lebensmittelbetrug eingerichtet. Und wir werden noch mehr tun: Wir
1347 wollen Polizei, Staatsanwaltschaft, die Lebensmittelaufsicht in Land und Bezirken und das
1348 Landeslabor Berlin-Brandenburg noch besser vernetzen und fördern. Denn das Ausmaß des
1349 Problems ist gewaltig – und jeder Betrug und jede Fälschung sind eine ganz reale
1350 Gesundheitsgefahr.

1351 Auch in der Gastronomie wollen wir für mehr Transparenz und barrierefreien Zugang zu
1352 Informationen sorgen. Dazu wollen wir den Verbraucher*innen Zugang zu Erkenntnissen der
1353 bezirklichen Lebensmittelüberwachung ermöglichen und die Ergebnisse der
1354 Lebensmittelkontrollen wie in anderen Ländern, zum Beispiel Dänemark, auch an den Türen
1355 aller Lebensmittelbetriebe für alle klar erkennbar veröffentlichen.

1356 1.7 Tierschutz stärken – lebenswerte Stadt für jedes Lebewesen

1357 Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen,
1358 deren Rechte es zu schützen gilt. Wir wollen, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden
1359 Stadt gut zusammenleben, und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter
1360 gestärkt. Ein Verbandsklagerecht ermöglicht es nun Tierschutzorganisationen in Berlin, bei
1361 Verstößen gegen das Tierschutzgesetz stellvertretend für die Tiere zu klagen. Zudem haben
1362 wir das Amt der Landestierschutzbeauftragten erstmals hauptamtlich besetzt. Berlin hat damit
1363 endlich eine starke Stimme für Tierrechte erhalten. Wir streben an, dieses Amt mit
1364 zusätzlichen Kompetenzen auszustatten.

1365 Tierschutz besser finanzieren, Heimtierhaltung besser regulieren

1366 Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir so ausstatten,
1367 dass sie ihrer Arbeit vollumfänglich nachkommen können. Zudem wollen wir Tierheime,
1368 Wildauffangstationen, Tierschutzorganisationen und -initiativen sowie Tiertafeln besser
1369 finanzieren und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verbindlicher gestalten. Wir stärken
1370 Tierschutzpädagogik, ergreifen Bildungsinitiativen für die artgerechte Haltung von
1371 Heimtieren und werden Werbung, die Heimtiere bzw. deren Haltung unangemessen darstellt,
1372 problematisieren. Für die private Tierhaltung wollen wir verbindliche Standards im Hinblick
1373 auf das Tierwohl festlegen und auf Bundesebene darauf hinwirken, dass Haltung, Zucht und
1374 Handel von Heimtieren in einer Tierschutz-Heimtierverordnung geregelt wird. Unser Ziel ist
1375 es, zu regeln, welche Arten unter Berücksichtigung von Tier-, Arten- und Naturschutz sowie
1376 von Gesundheits- und Sicherheitsaspekten für den Handel und die Privathaltung akzeptabel
1377 sind. Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle
1378 ein. Den illegalen Handel mit Welpen und allen anderen Tieren wollen wir durch bessere
1379 Behördenzusammenarbeit unterbinden, auch deshalb müssen seit Beginn des Jahres 2022 alle
1380 Hunde in ein Hunderegister eingetragen werden.

1381 Um den Tierschutz in Privathaushalten besser durchsetzen zu können, wollen wir ein Haus- und
1382 Heimtierregister und eine Tier-Notruf-Nummer für alle Tierarten einführen. Ferner streben
1383 wir weitere Hundeauslaufflächen an, um in möglichst allen Bezirken ausreichend Platz für
1384 Hunde zu schaffen. Wir werden prüfen, mit welchen wirkungsvolleren Mitteln der
1385 Gefahrenabwehr wir die Rasselisten ersetzen können. Pferdehaltung soll tiergerechter und mit
1386 mehr Offenstallhaltung erfolgen. Wir vertreten die Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht
1387 nach Berlin gehören und lehnen den Einsatz von Pferdestaffeln der Bundespolizei in Berlin
1388 ab. Wir werden ein berlinweites Taubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen zur
1389 Populationskontrolle einrichten. Wir entwickeln effektive Strategien gegen Qualzuchten bei
1390 allen Tierarten.

1391 Massentierhaltung beenden

1392 Mit einem Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht geht Berlin bereits gegen
1393 tierschutzwidrige Bestimmungen in der Schweinehaltung vor. Auf Bundesebene setzen wir uns
1394 dafür ein, dass die Anzahl der gehaltenen Tiere deutlich reduziert und jede Haltung im
1395 Agrarbereich auf einen tiergerechten, ökologischen und nachhaltigen Standard gehoben wird
1396 und dass Lebensmittel, die aus Massentierhaltung stammen, klar gekennzeichnet werden müssen.
1397 Auch so wollen wir erreichen, dass Produkte in Supermärkten, die in Teilen oder ganz aus
1398 Massentierhaltung stammen, immer weniger werden.

1399 Jagdgesetz überarbeiten

1400 Das Berliner Jagdgesetz wollen wir modernisieren. Durch ein ökologisches und
1401 wissenschaftlich begründetes Wildtiermanagement wollen wir die Jagdzeiten und die Anzahl der
1402 beliebig jagdbaren Arten reduzieren. Der Abschuss von Haustieren soll untersagt werden.

1403 Jäger*innen sollen darüber hinaus regelmäßig Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren
1404 müssen.

1405 Keine Wildtiere im Zirkus

1406 Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren die
1407 landesrechtlichen Kompetenzen voll ausgeschöpft, um keine öffentlichen Flächen mehr an
1408 Zirkusse mit Wildtieren zu vergeben. Auf Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges
1409 Verbot von Wildtieren in Zirkussen an. Wir sehen Tiere in Zirkussen kritisch und setzen uns
1410 für höhere Tierhaltungsstandards, mindestens wie in Zoos, ein. Auch im Zoo und Tierpark
1411 wollen wir eine konsequente Ausrichtung auf tiergerechte Haltung und
1412 Beschäftigungsmöglichkeiten.

1413 Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzen

1414 Die Zahl der wirtschaftlich und wissenschaftlich genutzten Tiere wollen wir stetig
1415 reduzieren und Tierversuche im Sinne der 3R (Reduce, Replace, Refine) so weit wie möglich
1416 durch alternative, tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Berlin soll Forschungshauptstadt für
1417 alternative, tierversuchsfreie Methoden werden. Dabei ist es für uns selbstverständlich,
1418 dass es in Berlin keine Tierversuche mit Schweregrad „schwerst“ nach der EU-
1419 Tierversuchsrichtlinie sowie Versuche an Primaten geben darf. Das Festhalten an gängiger
1420 Forschungspraxis oder wirtschaftlichen Interessen darf nicht länger über dem Tierschutz
1421 stehen. Dafür haben wir die Berliner Tierversuchskommission in einem ersten Schritt
1422 paritätisch mit Vertreter*innen aus der Wissenschaft und dem Tierschutz besetzt. In der
1423 Zukunft werden wir dabei die Rolle von unabhängigen Vertreter*innen des Tierschutzes
1424 stärken. Tierschützer*innen sollen die gleichen Rechte wie die Vertreter*innen der
1425 Wissenschaft haben. Wir fordern eine gesetzlich verankerte, verbindliche
1426 Dokumentationspflicht auf Bundesebene und werden den Aufbau von Datenbanken weiter fördern
1427 und auf die Vermeidung von Doppel- und Wiederholungsversuchen hinwirken. Verstärkte
1428 Kontrollen sollen Tiere in Versuchsvorhaben besser schützen. Gemeinsam mit der Forschung,
1429 der Landestierschutzbeauftragten, den Tierschutzorganisationen und forschenden
1430 Pharmaunternehmen werden wir konkrete Ausstiegsfahrpläne für Tierversuche entwickeln. Die
1431 Landesförderungen von Forschungsvorhaben knüpfen wir an die Bedingung, Alternativen zu
1432 nutzen, zu erarbeiten und weiterzuentwickeln. Dabei bevorzugen wir Projekte, die
1433 Tierversuche ersetzen helfen oder Alternativmethoden validieren. Wissen über alternative
1434 Methoden zu Tierversuchen soll bereits in grundständigen Studiengängen vermittelt werden und
1435 in der Lehre soll wo immer möglich auf Tierversuche verzichtet werden. Gegenüber dem Bund
1436 und der Europäischen Kommission setzen wir uns für ein Ausstiegsszenario aus der an
1437 Tierversuche gebundenen Forschung ein.

1438 1.8 Berlins Tourismus ökologisch und nachhaltig weiterentwickeln

1439 Berlin ist eine weltoffene, diverse und gastfreundliche Stadt. Viele von uns lieben und
1440 schätzen Berlin dafür. Die Clublandschaft, die Museen und Galerien, die Flaniermeilen und
1441 Flohmärkte sowie das reiche gastronomische und kulturelle Angebot – all dies macht Berlin
1442 auch für uns Berliner*innen so liebenswert und lebt auch in hohem Maße vom Tourismus. Die
1443 Corona-Krise, durch die Millionen von Tourist*innen nicht mehr nach Berlin kommen konnten,
1444 hat uns noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor für
1445 Berlin ist, doch ein „Weiter so“ wie bisher kann es in Berlin nicht geben. Deshalb wollen
1446 wir den nachhaltigen Tourismussektor weiter ausbauen und ökologische Hotels stärker
1447 unterstützen. Die Zeit jetzt muss genutzt werden, um die bestehenden Probleme anzugehen,
1448 damit auch in den belasteten Kiezen die Akzeptanz wieder steigt. Eine erfolgreiche
1449 Tourismuspolitik bemessen wir nicht anhand von immer höheren Besucherrekorden, sondern sie
1450 bedeutet für uns auch eine aktive Stadtentwicklungspolitik, die lenkt und gestaltet.

1451 Stadtverträglicher, ökologisch nachhaltiger Tourismus

1452 Denn der Tourismus hat auch seine Schattenseiten. In vielen Kiezen der Innenstadt ist der
1453 Unmut über massiv steigende Touristenzahlen sehr groß. Ferienwohnungen, Lärm, Müll und
1454 steigende Preise schaffen in Teilen der Stadt Herausforderungen. Für uns ist klar: Tourismus
1455 wird auch nach der Pandemie ein wichtiges wirtschaftliches Standbein unserer Stadt sein,
1456 aber wir brauchen einen stadtverträglichen Tourismus, der die Anwohnenden möglichst nicht
1457 belastet und sie mit ihren Bedürfnissen einbezieht sowie ökologisch, sozial und nachhaltig
1458 ist. Mit dem Tourismuskonzept 2018+ für Berlin haben wir dafür konkrete Ziele festgelegt.
1459 Ströme von Tourist*innen sollen stärker entzerrt werden: von den Gärten der Welt in Marzahn-
1460 Hellersdorf oder dem Schloss Biesdorf bis zur Zitadelle Spandau – Berlin hat deutlich mehr
1461 zu bieten als „Kreuzberger Nächte“. Deswegen wollen wir die touristische Infrastruktur
1462 außerhalb des S-Bahn-Rings stärken und mehr Aufmerksamkeit für weniger beachtete
1463 Sehenswürdigkeiten schaffen. Berlin braucht für die Zeit nach der Corona-Pandemie einen
1464 neuen Aufschlag, um nachhaltig und zukunftsorientiert den Tourismus in Berlin zu gestalten.
1465 Wichtig dabei wird ein Hotelentwicklungsplan sein, mit dem wir die innerstädtischen Bezirke
1466 entlasten und eine stärkere Steuerung des Beherbergungswesens erreichen wollen. Dabei muss
1467 für neue Hotels auch die Umgebung mit betrachtet werden, um touristische und gastronomische
1468 Monostrukturen zu verhindern. Dies sollte auch für bereits geplante Hotels und Hostels
1469 gelten. Die illegale Umnutzung von Wohnraum als Ferienwohnung muss deutlich strenger
1470 kontrolliert werden. Die Attraktivität der Berufe soll durch bessere Arbeitsbedingungen, vor
1471 allem eine angemessene Bezahlung und effektivere Arbeitsschutzbestimmungen, gesteigert
1472 werden. Große Ziele verlangen ein beherztes Anpacken. Deswegen haben wir angefangen,
1473 VisitBerlin von einer Marketingagentur zu einer gestaltenden Akteur*in umzubauen, die
1474 Impulse für einen nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus setzt – und zwar in enger
1475 Zusammenarbeit mit den Bezirken. So haben wir einen Bürger*innenbeirat ins Leben gerufen, um
1476 die Berliner*innen aus den verschiedenen Bezirken besser bei der Umsetzung des neuen
1477 Tourismuskonzeptes einzubinden. Diese Beteiligung wollen wir weiter ausbauen. Außerdem
1478 wurden den Bezirken mehr finanzielle Mittel an die Hand gegeben, um vor Ort gezielt
1479 Maßnahmen umsetzen zu können – was wir nochmal deutlich verstärken wollen.

1480 Stärkere Reinigung von Parks und Straßen

1481 Beliebte Parks, Straßenzüge und Kieze leiden unter einem erhöhten Müllaufkommen. Deswegen
1482 haben wir die Parkpflege personell verstärkt und sichergestellt, dass die BSR viele Berliner
1483 Parks, wie zum Beispiel den Görlitzer Park, regelmäßig und stärker reinigt. Das kostet viel
1484 Geld, stößt aber auf sehr viel Zuspruch bei den Anwohnenden. Gerade Orte mit vielen
1485 Tourist*innen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es
1486 ist nicht gerecht, die Anwohnenden mit den Mehrkosten dafür alleinzulassen, diese sollen
1487 stattdessen vom Land übernommen werden.

1488 City-Tax und der Fonds „Ökologischer Tourismus“

1489 Den Tourismus in Berlin wollen wir ökologischer und nachhaltiger gestalten. Dazu wollen wir
1490 den Fonds „Ökologischer Tourismus“ einrichten. Dieser soll Hotels, Restaurants und
1491 touristische Einrichtungen dabei unterstützen, ihren Ressourcenverbrauch zu verringern, ihre
1492 Energieeffizienz zu steigern und Barrierefreiheit zu ermöglichen. Mit der Förderung des
1493 ersten Solarschiffes – eines emissionsfreien Ausflugsdampfers auf der Spree – haben wir
1494 gezeigt, wie ökologischer Wassertourismus in Berlin aussehen kann. Wir wollen den Einsatz
1495 solcher Solarschiffe zukünftig noch stärker fördern. Auch die Hop-On-Hop-Off-Busse sollen
1496 emissionsfrei werden und ein Konzept zur Entzerrung des Reisebusverkehrs soll Berlin
1497 entlasten. Außerdem möchten wir die Einnahmen aus der Berliner City-Tax zu großen Teilen für
1498 die Gestaltung hin zu einem stadtverträglichen und ökologischen Tourismus nutzen.

1499 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1500 1. Berlins Dächer werden Solarkraftwerke

1501 Berlin kann 35 Prozent der hier verbrauchten Energie aus Solarenergie decken – wir wollen
1502 das bis 2035 schaffen. Auf Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten haben wir eine
1503 Solaranlage zur Pflicht gemacht. Bis 2024 sollen berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter
1504 standardmäßig mit Solaranlagen ausgestattet und nachgerüstet werden. Mit der Solardachbörse
1505 wollen wir erreichen, dass Hauseigentümer*innen ihr Dach zur Verfügung stellen, um es in ein
1506 Solarkraftwerk umzuwandeln.

1507 2. Eine Stadt ohne Müll

1508 Ob Straßen, Parks oder Spielplätze – wir wollen eine saubere Stadt. Dazu wollen wir den
1509 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die
1510 Anwohnenden zu erhöhen. Wir werden mehr Sperrmüll-Abgabe-Stellen einrichten, um die Wege zu
1511 verkürzen. Besonders viel besuchte Parks und Spielplätze sollen regelmäßig von der BSR
1512 gereinigt werden. Am besten ist es aber, wenn Müll erst gar nicht entsteht, und ein langes
1513 Leben für Geräte schützt das Klima. Deshalb werden wir Pfandsysteme, zum Beispiel beim Essen
1514 to go, stärker fördern. Wir werden weiterhin dafür streiten, dass die bundesrechtlichen
1515 Vorgaben endlich Schluss machen mit dem Verpackungswahnsinn und die Ressourcenverschwendung
1516 gestoppt wird.

1517 3. Ökologische Stadtquartiere der Zukunft – Bauwende umsetzen

1518 Aus anderen Städten kennen wir leuchtende Beispiele des ökologischen Bauens und der
1519 nachhaltigen Stadtentwicklung – seien es auf Balkonen wachsende Bäume, Ökobaustoffe wie
1520 Holz, Lehm und Stroh oder Sportflächen, die die Versickerung von Regenwasser zulassen. Wir
1521 wollen die Bauwende umsetzen, die Verkehrswende Realität werden lassen, Berlin zur
1522 „Schwammstadt“ umbauen und multifunktionale Orte schaffen. Um Impulse dafür zu setzen,
1523 wollen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA) mit und in allen Berliner Bezirken
1524 initiieren. Wir tun dies zusammen mit Brandenburg und setzen Impulse für eine ökologische
1525 und soziale Stadtplanung und schaffen klimaresilienten Wohn- und Gewerberaum mit der
1526 notwendigen sozialen, kulturellen und grünen Infrastruktur.

1527 4. Autofreie Kieze in ganz Berlin

1528 Wir wollen Autos aus Straßenzügen und Kiezen rausholen und Platz schaffen für das Leben –
1529 für Kinder, Kultur und Natur. Weniger Abgase und Lärm, mehr Platz zum Spielen und Flanieren.
1530 An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht und weitere Straßen werden folgen. Um Kieze
1531 vom Auto-Durchgangsverkehr zu befreien, wollen wir auch in der nächsten Legislatur viele
1532 neue Kiezblocks schaffen.

1533 5. Die Taktzahl erhöhen – Bus und Bahn ausbauen

1534 Alle Berliner*innen müssen die Gewissheit haben: Der Bus kommt sofort. Um das zu schaffen,
1535 wollen wir die Taktung von Bussen und Bahnen deutlich erhöhen. Unser Ziel ist es, in dicht
1536 besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-Bahn-Ringes
1537 liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In weniger dicht
1538 besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein ÖPNV-Angebot
1539 zur Verfügung stehen.